

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Hugo Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schöke, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 951.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeiger in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mt., 2 Exempl. 2.90 Mt. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mt., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mt. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Insertionsgebühr die sechsgehaltene Zeitspalte 15 Pf. Vorkontingente 20 Pf.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonnabend den 19. September 1903.

14. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Vom Klassenstaat Preußen.

XII. Die Leistungen unserer Volksschulen.

Damit die Jugend des Proletariats zur Demut und zu einem den Freiheitsdrang für diese Welt lähmenden Glauben an das Jenseits erzogen werde, ist die Religion das Hauptfach an den Volksschulen. Ein viel erörterter Standal ist es, daß die Schulbehörden in Preußen sogar Dissidentenkinder zur Teilnahme am Unterricht einer anerkannten Religionsgemeinschaft zwingen können, denn der freireligiöse Unterricht wird nur in einigen Städten als eine hinreichende religiöse Unterweisung angesehen. Ein Nest aus der Kulturkampfzeit ist es auch, daß die Schulverwaltung sogar katholische Kinder zur Beteiligung am evangelischen Unterricht nötigen kann, was in Misburg bei Hannover vorgekommen ist. Die polnischen Kinder müssen am deutschen Religionsunterricht teilnehmen; statt daß sie auf diese Weise „germanisiert“ werden, werden sie dadurch gerade zum nationalen Haß gegen ihre Bedrücker angeregt. Der von unserer Bourgeoisie ursprünglich im Interesse der dem Kapitalismus günstigen nationalen Reichsidee gepredigte nationale Gedanke hat zum alldeutschen Chauvinismus geführt. Die hatzatische Polenpolitik trägt dem Polenhaß weiter Preise innerhalb der bestehenden Klasse und auch den plötzlichen Stimmungen der verantwortlichen Stelle Rechnung; das Polentum auszuweichen ist sie nicht in der Lage.

Es ist ein Jammer, wieviel Zeit vergeudet wird, nicht nur durch den Religionsunterricht, sondern auch durch die Art, wie er getrieben wird. Für Preußen schreiben die allgemeinen Bestimmungen vor, daß bereits auf der Unterstufe, also bei 6 bis 7jährigen Kindern, wöchentlich vier Stunden der Religion gewidmet sein sollen, während auf Geschichte, Geographie und Naturwissenschaft keine einzige Stunde entfällt. Während die Kinder von den Lehren Darwins überhaupt nichts erfahren, lesen sie „den armen Kopf“ dadurch verkleinert, daß sie für die Religionsstunde ungeheuer viel auswendig lernen. Die Regulative fordern für Preußen mindestens 180 Sprüche. Die Verfechter der Regierung sah sich im Jahre 1886 veranlaßt, zu beordnen, daß die Gesamtzahl der zu lernenden Sprüche auch in mehrklassigen Schulen 180 nicht übersteigen soll. Wie muß hier die Spruchpest gewütet haben! Die eingeführten Religionsbücher von Falck und Förster, Arnstorf, Fiedler, Ostwald, Ruds usw. enthalten denn auch weit mehr Sprüche; Arnstorf z. B. 327, Ostwald und Ruds 253. In der Provinz Sachsen sind nicht weniger wie 164 Sprüche, 134 Gesangbuchstrophen, die Hauptstücke und eine Anzahl biblischer Geschichten zu lernen.

Von unserer Muttersprache aber lernen unsere mit so viel Religion beglückten Kinder sehr wenig; unter tausend Personen befinden sich keine drei, die ihren Gedanken mündlich oder schriftlich in korrekter Weise Ausdruck verleihen können. Kunstverständnis wird den Schülern der Volksschulen nicht beigebracht, auch lernen sie nicht fließend und richtig Lesen. Der Rechnunterricht zeitigt nur mangelhafte Resultate, denn zahlreiche unserer Mütterchen sind nicht imstande, einfache Rechenexempel richtig lösen zu können. — Die Naturwissenschaft wird nur sehr wenig berücksichtigt und namentlich in den Landesschulen auf das bescheidenste Maß beschränkt; einen Unterricht in der Gesundheitspflege und der Gesetzekunde kennen in Preußen nicht einmal die höheren Schulen. — Auch im Turnen wird wenig geübt; namentlich liegt der Turnunterricht auf dem Lande, wo es wohlgegerichtete Turnhallen nicht gibt, ganz und gar im argen.

Der famose Geschichtsunterricht, welcher den Kindern geboten wird, führt ihnen natürlich die Entwicklung der Menschheit und ihrer Kultur nicht vor Augen und läßt sie am allerwenigsten den inneren Zusammenhang der Ereignisse ahnen. Man beschränkt sich darauf, den Kindern die Namen und Jahreszahlen zahlreicher Könige einzutrichtern und ihnen über eine ganze Masse Kriege Auskunft zu geben. Man fällt die Geschichte obendrein, indem man alles, was von Preußen geschah, als möglichst gerechtfertigt, was von Preußens „Erbsünden“ verübt wurde, als möglichst tüchtig darzustellen sucht; den Hohenzollern dichtet man lauter große Taten an, während man die Fehler selbst der auch nach der Meinung der königstreuesten Höflichkeit schwächsten Mitglieder der brandenburgisch-preussischen Herrscherfamilie verschweigt. Obendrein müssen die Schüler noch eine Reihe Jahreszahlen, Schlachtennamen und patriotische Gedentage lernen und — der ganze Geschichtsunterricht ist fertig.

Auch dem tüchtigsten Lehrer ist es unter den gegebenen Umständen nicht möglich, einen guten Unterricht zu erteilen, weil er viel zu viele Kinder gleichzeitig zu befehlen hat. Es besteht ein horrender Mangel an Schülerräumen und Lehrern; die Schulklassen sind überfüllt. In Preußen gibt es nach der Statistik von 1901 36 756 Schulen; wie wenig diese Zahl ausreicht, geht daraus hervor, daß nicht weniger als 214 259 Kinder

einen Schulweg von mehr als 2 1/2 Kilometer zurücklegen haben, also schon müde sind, wenn sie das Klassenzimmer betreten. Nach derselben Statistik gab es 1901 3166 sogenannte „fliegende Klassen“, d. h. gemietete Räume zur Unterbringung einzelner Klassen, für welche in keinem Schulgebäude Platz war. Daß hier der Unterricht infolge des Mangels an den notwendigen Schuleinrichtungen besonders zu leiden hat, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Unter den 36 756 Volksschulen gab es nach der Statistik von 1901 5761, die keinen Spiel- noch Turnplatz hatten. Eine Turnhalle hatten überhaupt nur 1507 Volksschulen, und der für den späteren Beruf der Proletariatskinder so nötige Handfertigkeitsunterricht wurde nur an 514 Schulen erteilt. Welche Schande unserm Vaterlande der Schulmangel in Preußen macht, geht daraus hervor, daß es im Jahre 1901 in Preußen 2735 schulpflichtige Kinder gab, die wegen Ueberfüllung der Schulen überhaupt nicht eingeschult waren. Fast dreitausend Kinder läßt man in Preußen wie die Barbaren aufwachsen: sie bleiben vollkommen unwillig und lernen weder Lesen noch Schreiben. Und nachher wundern man sich, wenn durch die Unbildung die Zahl der jugendlichen Verbrecher zunimmt! Wie man Tausende von Kindern körperlich hungern läßt, so läßt man sie auch jegliche geistige Nahrung entbehren.

Nach der Statistik von 1901 gab es in Preußen 1051 Volksschulen, deren Klassen im allgemeinen mehr als 80 Schüler oder Schülerinnen umfassen. Durchschnittlich werden die Klassen dieser Schulen von 89 Kindern besucht; es sind im ganzen 93 677 unglückliche Knaben und Mädchen, welche diese überfüllten Klassen besuchen. — Es gab nach der Statistik von 1901 sogar 132 Schulen, in denen die Klassen regelmäßig von mehr als 100 Kindern besucht werden. In Seefeld in Ostpreußen (Kreis Fischhausen) gab es sogar eine Klasse mit — 120 Schülern! Was selbst der begabteste Lehrer in den paar Schulstunden 120 Kindern beibringen soll, ist natürlich unerfindlich.

Die Lehrergelälter sind so elend, daß sich trotz der außerordentlich karglichen Besoldung, für welche sich die Proletarier des Schulbuchs leider anbieten, nicht einmal für die viel zu geringfügige Zahl von Lehrstellen Bewerber finden. Nach der Statistik von 1901 gab es 1754 unbefetzte Lehrstellen in Preußen, außer den 108 für Lehrerinnen reservierten unbefetzten Stellen.

Wir brauchen nicht erst ausdrücklich an Traktanten zu erinnern, um alle Väter und Mütter des Proletariats zum Kampf gegen die Schulzustände eines Klassenstaates aufzurufen, der für Militarismus und Kirche Millionen opfert, der aber seine heiligste Kulturaufgabe, die Hebung der Volksbildung, außer acht läßt.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 18. September 1903.

Der Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich

hielt vom 13. bis 15. September seine 10. Jahresversammlung in Breslau ab, die von 172 Delegierten besucht war, welche 113 Kassen mit 1 107 160 Mitgliedern vertraten.

Nach dem Bericht unseres Breslauer Parteiblattes hat der Kongreß viele nützliche und praktische Arbeit geleistet. Der erste Punkt der Tagesordnung war der Bericht der geschäftsführenden Kasse im Geschäftsjahr 1902-03. Demselben besprach in kurzen Ausführungen Direktor Uhlmann-Leipzig, der den gedruckten vorliegenden Bericht ergänzte. Sydow-Berlin vermittelte in dem Bericht die Stellungnahme zur Herzfrage, zur Reichs-Arzneitage, Krankenkassennobelle, Wohnungswesen, Tuberkulose, Alkoholismus usw. Da die geschäftsführende Kasse dies allein unmöglich bearbeiten konnte, wird beschlossen, derselben eine ständige Kommission an die Seite zu stellen. Hierauf hielt Herr Geh. Medizinrat Prof. Dr. Meißner-Breslau einen Vortrag über das Thema: „Inwieweit können die Krankenkassen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beitragen?“ Es sei zu verlangen, meinte der Redner, daß die Kassen ihre Organisation zur Herstellung einer brauchbaren Statistik über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten verwenden. Eine solche Statistik läge nicht nur im eignen Interesse der Kassen, die nur durch sie ein richtiges Bild von dem Umfange der den Geschlechtskranken zugewendeten und zuzuwendenden Kassenleistungen gewinnen können, sondern auch im allgemeinen Interesse, denn die Resultate einer Statistik könnten allein die gesetzgebenden Körperschaften, wie auch die hygienisch-medizinische Forschung zu einem Urteil über Wert oder Unwert irgendwelcher, zur Bekämpfung der Krankheiten durchgeführten Maßregeln in den Stand setzen. Notwendig sei ferner, Aufklärung und Belehrung in Wort und Schrift über die Gefahren des außerehelichen Geschlechtsverkehrs und über die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten; vor allem sei nötig die Krankenhausbehandlung, Anstellung von Spezialärzten

und weiblichen Ärzten. Redner erntet den lebhaftesten Beifall.

Es wurde beschlossen, den Vortrag zu drucken und in entsprechender Weise unter den Krankenkassenmitgliedern zu verbreiten.

Nach längerer ausgedehnter Debatte erhielt das Wort Herr Rechtsanwalt Dr. Honigmann-Breslau zu dem Vortrage „Die Aufgaben der Krankenkassen im Vergangenen, Gegenwart und Zukunft“. Der Redner entwickelte das gesamte Krankenversicherungswesen von den Anfängen eines solchen an bis zur Gegenwart und zeigte den Weg für die Zukunft. Im Anschluß an den Vortrag sprach Herr Prinz-Kotbus als Referent über die verwaltungs- und verwaltungstechnischen Aufgaben der Krankenkassen. Auch diese Vorträge werden später durch Drucklegung vervielfältigt und werden den Krankenkassen willkommenes Material zum weiteren Ausbau bieten.

Beschlossen wurde eine Petition an die zuständigen Reichsbehörden um Aenderung des Krankenversicherungs-Gesetzes, damit es allenthalben erlaubt ist, die bei Besichtigung von Krankenkassen-Kongressen und Verbandstagen entstehenden Unkosten aus Kassenmitteln zu decken. — In Preußen werden von verschiedenen Behörden derartige Ausgaben beantragt, in Anhalt, Baden, Württemberg, Bayern, Hessen usw. nicht, deshalb ist Regelung durch Gesetz nötig.

Es wurde eine sechsgliedrige Kommission (2 Arbeitgeber und 4 Arbeitnehmer) gewählt, die mit Delegierten der Verwaltungsbeamten in eine Beratung der Regelung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Ortskrankenkassenbeamten eintritt, ferner ein Antrag angenommen, der die Ausdehnung der Invalidenversicherungspflicht auf Hausgewerbetreibende, sofern ihre Krankenversicherungspflicht durch Ortsstatut ausgesprochen ist, verlangt.

Ein weiterer Antrag „Die geschäftsführende Kasse möge geeignete Schritte einleiten, daß bei Uebernahme des Selbstfahrens durch die Versicherungsanstalten die zu Ueberweisenden nicht wie bisher von einem Vertrauensarzt untersucht und die Ueberweisung von diesem abhängig gemacht wird, vielmehr in den einzelnen Ortskassen Versteckommisionen zu diesem Zwecke zu bilden sind“ wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Es wurde beschlossen, daß künftig die Jahresversammlung bis zum 31. August stattzufinden hat und die Frist für etwa einzubringende Anträge auf den 1. Juli festgesetzt. Die nächste Jahresversammlung findet in München statt.

Ein Antrag Leipzig, zu Organen des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands die „Arbeiter-Versorgung“ und die in Magdeburg erscheinende „Volkstimme“ Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“ zu bestimmen, wurde nach längerer Debatte angenommen.

Von Reichsring-Sträßburg wurde ein Antrag eingebracht und begründet, daß Druckachen für die Ortskrankenkassen nur in Druckereien hergestellt werden, die den deutschen Buchdruckertarif anerkannt haben.

Der Antrag wurde mit der Erweiterung angenommen, daß dieses auf alle für Ortskrankenkassen gelieferten Arbeiten sinngemäße Anwendung finde.

Eine Resolution, die zur Hebung der sozialen Lage der Arbeiter vor allem die Arbeitszeitverkürzung für nötig erklärt, wurde gegen drei Stimmen angenommen.

Eine andere Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Krankenkassen-Kongresses einverstanden erklärt, und die die Selbstverwaltung beschränkenden Bestimmungen der Krankenkassen bedauert, wurde einstimmig angenommen.

Mit sämtlichen Beschlüssen des Kongresses muß sich jeder einsichtsvolle Sozialpolitiker einverstanden erklären.

Der Sieg des Freihandels in England.

Der Minister Chamberlain und Ritchie sowie der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, haben demissioniert.

Mit der Entlassung Minister Joe Chamberlains hat die Idee des Schutzzolls im freihändlerischen England eine gründliche Niederlage erlitten. England ist bekanntlich fast zollfrei, irgendwelche erhebliche, warenteuernende Zölle gibt es im Inselreiche nicht. Der Plan Chamberlains war nun bekanntlich, eine Zollunion Englands mit seinen Kolonien zu gründen und diese zu verpflichten, englische Waren niedriger zu verzollen als sonstige dort eingeführte Waren. Dafür sollte England Schutzzölle, sogar auf Lebensmittel, einführen, wobei freilich die aus englischen Kolonien stammenden Waren billiger als die aus dem übrigen Ausland kommenden Produkte behandelt werden sollten. Die Folge einer solchen Maßnahme wäre für das englische Volk, insbesondere natürlich die Arbeiterklasse, eine Verschlechterung der Lebenshaltung im Interesse der Grundherren und Großindustriellen in England und seinen Kolonien. Deutsche Arbeiter sind insofern

an der Sache interessiert, als eine Verteuerung der Waren in England, insbesondere der deutschen Waren, den Export der deutschen Industrie nach Großbritannien vermindern, und dadurch die Arbeitslosigkeit in Deutschland vergrößern würde.

Schon lange war bekannt, daß Chamberlain die Zustimmung eines Teils seiner Minister, insbesondere des Premierministers Balfour nicht gefunden hat. Nur war man zweifelhaft, welche der beiden Strömungen des englischen Kabinetts siegen würde. Nun hat Chamberlain weichen müssen.

Premierminister Balfour hat schon vor einigen Tagen als Vorkäufer einer politischen Rede, die er am 1. Oktober halten wird, eine Schrift über den insularen Freihandel, die er unter seinen Ministerkollegen verteilt hat, erscheinen lassen. Balfour erkennt die mit dem Schutzollsystem anderer Länder verknüpften Uebel, mit denen die Schrift sich im einzelnen näher beschäftigt, an und sagt, England müsse eine Milderung derselben zu erreichen streben aber nur in einer Richtung nämlich durch Unterhandlung. Anstatt sich auf wirtschaftliche Theorien zu berufen, denen die fremden Nationen durchaus ungläubig gegenüberstünden, müsse England handelspolitische Sachmittel anwenden, welche jene völlig verstehen. Englands erstes und wichtigstes Ziel müsse es sein, sich aus den Banden los zu machen, in die es sich aus freien Stücken verwickelt habe. Die genaue Art, in der es dann von der wieder-gewonnenen Freiheit Gebrauch mache, sei nur eine Frage zweiten Ranges.

Diese Schrift war in ihrer Tendenz keineswegs klar. Die englischen Blätter deuteten sie zum Teil schutzollnerisch, zum Teil freihändlerisch. „Daily Graphic“ erblickte in den Darlegungen des Kabinettschefs sofort eine Ignorierung der Chamberlain'schen Vorschläge, und meinte, es könne nicht bezweifelt werden, daß Chamberlains Stellung im Lande wesentlich erschüttert werde.

Mit der Demissionierung Chamberlains ist die Entscheidung gegen das Schutzollsystem einstweilen gefallen. Daß Eduard 7. die Demission Chamberlains annehmen wird, erscheint selbstverständlich. Der belanglose König von England hat sich nach dem Willen der Parlamentsmehrheit zu richten; er würde, falls er die Probe aufs Exempel machen wollte, halb erfahren, daß die Majorität des Unterhauses für die Schutzollpläne Chamberlains nicht zu haben ist.

Daß Chamberlain weiter Propaganda für seine Absichten machen wird, ist sicher; hoffentlich scheitert die Erfüllung einer Wünsche auch in Zukunft an dem Willen des Volkes. Die Generalversammlung der Trade-Unions (Gewerkschaften) hat erst neulich den Chamberlain'schen Vorschlag verworfen.

Deutschland.

Berlin, 18. September. Auf die Petition der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten an den Reichskanzler ist dem Reichsminister der Nordd. Angelegenheiten eine Antwort ergangen. In dieser teilt der Reichskanzler mit, daß er aus der Petition gern Veranlassung genommen habe, den Staatssekretär des Innern um Eröffnungen über die Bekämpfung der Kurpulscherei, jedoch nicht für ein, sondern für alle Gebiete der Heilkunde zu ersuchen.

Der „Berl. Kor.“ zufolge sind infolge der bei den letzten Ueberflimmungen gemachten Erfahrungen die Ortspolizeibehörden angewiesen worden, der Frage der Freihaltung der Ueberflimmungs-Gebiete von Gebäuden erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und Baugesuche in den von Ueberflimmungen betroffenen und bedrohten Gebieten bis auf weiteres nur mit Zustimmung des Landrats zu erledigen. Ein Ertrag der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Landwirtschaft ist bekannt, daß die am 10. Dezember 1896 erlassene Anordnung zur Einrichtung eines Hochwasser- und Eiswachtdienstes an den Strömen nicht nur für die in Verbindung mit Gießgang eingetragenen Hochwässer, sondern auch für sonstige gefährdende Hochwässer gelten soll.

Die Stunde der Urwahlen. Gegen Richters Mahnungen haben bei dem Richter des Innern Grund gemacht. Ueber die Wahlfrage für die Urwahlen heißt es in einem Ertrag des Ministers des Innern vom 9. September wörtlich wie folgt:

Bei der Wahl der Stunde des Beginn der Wahl ist eine Berücksichtigung der Interessen der Wähler zu machen, die die Wahl zur Wahlzeit des Wahlrechts zu veranlassen. Die Wahlzeit des Wahlrechts ist zu bestimmen, die Wahlzeit des Wahlrechts ist zu bestimmen, die Wahlzeit des Wahlrechts ist zu bestimmen.

Damals ist es so, als wenn der Richter indirekt davon absehen will, die Wahl auf eine Zeit festzusetzen, in welcher auch die Arbeiter ohne Arbeitsvermittlung ihr Recht nicht ausüben können. Denn während die Wahl nicht gerade nach 8 Uhr abends beginnt, so ist doch fest, daß der Beginn des Wahlrechts erst nach, daß sie um 12 Uhr nachts ihr Ende erreicht.

Die verhängnisvollen Ablegergebnisse. Richter haben mit dem Richter des Innern die Bekämpfung der Wahlzeit des Wahlrechts zu bestimmen, die Wahlzeit des Wahlrechts ist zu bestimmen, die Wahlzeit des Wahlrechts ist zu bestimmen.

Damals ist es so, als wenn manche deutsche Richter ihren Blick nicht ganz geblendet.

Nicht grüßen — strafbar. Wegen Verweigerung der vorchriftsmäßigen Ehrenbezeugungen wurde — so schreibt der „Vorwärts“ — zu Jittau in Sachsen ein Arzt Dr. Wertheimer von drei Kollegen, die er zu grüßen unterlassen hatte, vor das Ehrengericht gestellt. Da aber der Verzeihungsbuch besitz, wurde die Anklage auf den § 2 der ärztlichen Standesordnung für das Königreich Sachsen aufgegeben, wonach „jeder Arzt ein gutes Einverständnis mit seinen Kollegen zu erstreben“ hat. Eine Kritik, die die „Reichenberger Zeitung“ in Wöhlmen an diesen Vorgang knüpfte, führte zu einer Gerichtsverhandlung vor dem Reichenberger Schwurgericht, die mit einer vollständigen Niederlage des Klägers, des Vorsitzenden jenes Ehrengerichts, endete.

Der Sinn für preussische Schneidigkeit und Disziplin hat zwar schon sächsische Herzge erfaßt, aber österreichische Geschworene haben ihn leider noch nicht ergriffen.

Ein Polizeibeamter wegen Verleumdung von Prinzen angeklagt. Der Polizeiwachmeister Grabhold in Germersheim (Pfalz) hatte — so schreibt die „Leipz. Volksztg.“ — gelegentlich eines kurzen Aufenthaltes mehrerer jüngerer bayerischen Prinzen auf dem Bahnhof in Germersheim, sich einem Schutzmann gegenüber in nicht gerade liebenswürdiger Weise über die Prinzen ausgelassen. Der Schutzmann Lorenz Müller hörte dieses Gespräch mit an und denunzierte seinen Vorgesetzten. Der Angeklagte kam mit einem blauen Auge davon: er erhielt 1 Monat Festung. Ob das Urteil wohl ebenso ausgefallen wäre, wenn ein Sozialdemokrat sich dieses Vergehens wegen zu verteidigen gehabt hätte?

Oesterreich - Ungarn.

Kaiser Franz Josephs Kriegserklärung an die ungarische Unabhängigkeitspartei.

Kaiser Franz Joseph hat unter dem 16. September einen Armeebefehl erlassen, in dem es heißt: „Mein Heer insbesondere dessen gediegenes Gefolge einseitige Bestrebungen in Vertretung der hohen Aufgabe, welche dasselbe zum Wohle beider Staatsgebiete der Monarchie zu erfüllen hat, zu fördern geeignet waren, — möge wissen, daß ich nie der Reize und der Verführung mich begeben, welche einem obersten Kriegsherrn verhängt sind. Gemeinsam und einheitlich, wie es ist, soll mein Heer bleiben, die starke Macht zur Verteidigung der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen jeden Feind.“

Damals ist der Kaiser unter keinen Umständen gewillt, der Forderung der Unabhängigkeitspartei nachzugeben und eine besondere ungarische Armee einzurichten. In Oesterreich wird, wie bereits mitgeteilt wurde, der Reichsrat einberufen werden; sollte aber die historische Opposition wieder aufgenommen werden, so wird auf Grund des § 14 eine teilweise Verjüngung erlassen werden, durch die die Wahljahre des dritten Jahrganges und die Einstellung der neuen Rekruten am 1. Oktober veranlaßt wird. In Ungarn ist aber ein derartiges Verändern unmöglich, da die ungarische Verfassung eine dem § 14 analoge Bestimmung nicht kennt. In Ungarn wird am 1. Oktober die Einstellung des dritten Jahrganges und die Einstellung der neuen Rekruten nicht erfolgen.

Die Erbitterung, welche darüber herrscht, wird den Sozialdemokraten zugute kommen. Der Armeebefehl Kaiser Franz Josephs hat, wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Budapest telegraphisch wird, in politischen Kreisen eine förmliche Konspiration erzeugt. Die oppositionellen Blätter werden direkt eine Kriegserklärung und heftigen ihn in ernstem Sinne, es wird geradezu zum Ausdruck gebracht, daß König und Nation sich feindselig gegenübersehen, wenn die Absage ernst gemeint sei. Das Organ der Agitation erklärt die Folgen des Armeebefehls für unübersehbar und warnt gleichzeitig vor Straßendemonstrationen, weil diese der Beginn der Revolution wären. „Mag. Deszag.“ sagt, kein patriotischer Ungar dürfe unter einem solchen Regime mehr ein Ministerpostensinne übernehmen.

Spanien.

Polizeiverhaftung in Madrid.

Der „Tag“ berichtet aus Madrid: Enttäuschungen der hiesigen Presse gegen die Polizei riefen einen fürchterlichen Skandal hervor. Es hat sich herausgestellt, daß die meisten Mitglieder der Polizei Dieben und Betrüger waren. Sie teilten mit den als Helfer und Helfer von Spielhöllen und öffentlichen Häusern. Die Regierung hat den Chef der Polizei und sämtliche Beamte abgesetzt und eine Untersuchung angeordnet.

Eine famose Polizei, die mit Dieben und Betrüchern den Ertrag der Euphorienpreize teilt.

Kleine politische Nachrichten. Bei Krawallen in der russischen Stadt Krasnodar wurde eine Person getötet und mehrere verwundet. — In dem bei Krasnodar in Bosanien soll ein Komplott unter der Leitung eines bosnischen Beamten gegen die österreichische Regierung beschworen worden sein. — Nach einer Londoner Zeitungsmeldung müßte zu landen. — In Paris fanden wegen der Einziehung der Eisenbahngewerkschaften Krawalle statt. — Ein der Österreicher seiner nächsten Umgebung auf ein Jahr, nur die des ersten Jahres auf drei Jahre. — Die Schweiz beschäftigt ihren Handelsverkehr mit Italien in den nächsten Tagen zu kündigen.

Gewerkschaftsbewegung.

Bauarbeiter. In Barbis dauert die Ausübung der Bauarbeiter, Zimmerer und Bauarbeiter an. Zurzeit ist passiv. Näheres über ungesetzliche Beeinträchtigungen durch den Bürgermeister morgen im Leitartikel.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18. September 1903.

Auf zur Agitation für die „Volksstimme“.

In den wichtigsten Aufgaben aller überzeugten Sozialdemokraten gehört es, unserer Parteipresse immer neue Abonnenten zuzuwirken. Alle bürgerlichen Zeitungen, ob sie sich nun „konservativ“, „liberal“ oder „parteilos“ nennen, bekämpfen die Interessen der Arbeiterklasse und suchen die Massen absichtlich irrezulieren. Die sozialdemokratische Presse ist die wichtigste geistige Waffe des arbeitenden Volkes. Wer für die Partei unserer Partei wirken und uns neue Anhänger gewinnen will, der erscheine am Montag abend von 6 Uhr ab im „Dreikaiserbund“!

Der gerettete Kohlenwucher. Das Kohlen Syndikat geht leider nicht in die Brüche. Wie dem „Berliner Tageblatt“ berichtet wird, hat der Magdeburger Bergwerksverein in der gestrigen Ausschüttung seinen Beitritt zu dem neuen Syndikatsvertrag zugesagt. Nunmehr steht noch die Erklärung der Freie Vogel um Unverhofft aus, die im letzten Augenblicke mit höheren Ansprüchen hervorgetreten ist, deren Entschluß aber für das Ganze wenig ins Gewicht fällt.

Serr Reinemund glaubt uns auf Grund des § 11 des Pressegesetzes mit folgender Berichtigung beglücken zu müssen:

Die von Ihnen in der Nummer v. 17. d. M. unter der Spitzmarke „Reinemund'sches Experiment“ gebrachte Notiz, nach welcher die sog. Mittelstandspartei bei den Landtagswahlen selbständig vorgehen will, und bereits einen Kandidaten dafür bestimmt habe, entspricht nicht den Tatsachen.

Hochachtungsvoll

Ernst Reinemund,

Vorsitzender der Wahlvereinigung für den Mittelstand in Magdeburg.

Es ist doch recht eigentümlich, daß Herr R. sich nicht an die bürgerlichen Blätter wendet, die bereits vor uns daselbst berichtet hatten. Wir nahmen damals davon nicht Notiz, weil uns die Personen der hiesigen Mittelstandspartei gar zu unbedeutend sind.

Ueber die Entstehung der norddeutschen Landschaft

iprach gestern abend vor 4—500 Personen Genosse Dr. G. Luz aus Berlin im „Luisenpark“. Obwohl der Vortrag als wissenschaftlicher Vortrag eine Veranstaltung des Gewerkschaftskartells war, wurde derselbe trotzdem polizeilich überwacht. (!) Mit Recht wies daher der Vorsitzende des Kartells, Genosse Bethge, auf dieses echt Magdeburger Charakteristikum hin und ermahnte die Anwesenden, sich durch die Anwesenheit der hochwohlwollenden Polizei in der Aufmerksamkeit während des Vortrages nicht stören zu lassen, welche Mahnung die Anwesenden als gut erzogene Magdeburger, darum auch streng befolgten. Ueber den Vortrag selbst geht uns folgender Bericht zu:

Dr. Luz führte in 1 1/2 stündiger Rede dem Sinne nach folgendes aus: Die Gegend des norddeutschen Flachlandes, die sich erstreckt vom Harz bis zur See, ist ein mächtiges Flachland, das nicht durch Gebirgszüge unterbrochen ist. Die charakteristischen Merkmale dieser Landschaft sind zunächst die Flußläufe, die Weichsel, die Elbe, Spre und Elbe. Wer einmal im Brunnenwald war, kennt die tief eingeschnittenen Seen, deren Rette die Mark Brandenburg durchzieht. Durch das Auge eines Hochländers betrachtet, ist das Flachland trostlos öde. Für das Auge eines Flachländers ist die Landschaft nicht öde. Für uns bietet auch dieses Land viel Schönes. Es gibt nichts Schöneres, als wenn die untergehende Sonne die Wipfel der Bäume verguldet und tausend Farben erzeugt.

Es ist eine charakteristische Vegetationslinie vorhanden. Bei Oberwalde ist eine solche. Hier sind unermittelte Gegensätze, links der Buchenwald, rechts die Kiefern und es tritt hier plötzlich eine Ebene ein. Diese Ebene ist nicht nur eine Ebene, sondern vertikal geht und dadurch den Rübenbau ermöglicht. Ein schwedischer Forscher Torrel hat diese eigenartige Struktur ergründet, er vermochte die Rätsel zu entschlüsseln, indem er klar legte, daß diese Sand- und Granitgebirge nur durch Gletscher gebildet werden konnten. Nur Eis konnte diese Runenzeichen in den Rübenfelder Kalk einschneiden lassen.

Auch in Magdeburg entdeckte man beim Bau der Ringstraße ähnliche Gebilde, nämlich tief eingegrabene Rillen. Wie der Bohrer auf der Werkbank in das Eisen formt, so der Gletscher — diese bewegliche Eismasse — Rinnen in das Gestein. Kommt nun ein solcher Gletscher zum Stehen, so fallen infolge Einwirkung der Sonne die umgebenden Steinmassen ab und bilden Geröllböden und werden zu Tonmergel zerrieben. Letztere ist, daß auch unser norddeutsches Flachland von Jütlund. Eis bedeckt war, wie gegenwärtig Grönland. Später fand eine Abschmelze statt, es wich das Eis zurück. Eine solche Stillstandsgrenze könne heute noch in der Gegend von Berlin bemerkt werden. Damals bildete sich der Uferstrom, die Elbe. Ursprünglich floß dieser Strom nicht in der Richtung wie heute. Aus irgend welchen Gründen kam es dann später auch in der Gegend des heutigen Berlin zu Stehen und die herabströmenden Wasser bildeten Rinnale, die den jetzigen sog. Oberfluß in die Ebene einschneiden und weitenbreit waren. Ein drittes Flußtal entstand später bei Oberwalde. Wir finden in der Endmoräne bei Chorin viele granitine Steine in Sand eingebettet, das erklärt sich so, daß das abtropfende Wasser die lösslichen Sande abspülte und nach der Meeressenkung flüßte. Der Sand blieb jedoch. Ursprünglich, ehe die Eiszeit eintrat, als damals die norddeutschen Gebirge sich bildeten, war eine andre Temperatur vorhanden. Die Erdrinde erkaltete nach und nach, während innen die Hitze lebte. Dadurch bildeten sich die Erdfalten. Die Tertiar- oder Quartärperiode bildete erst die Erdfalten. Die Tertiar- oder Quartärperiode bildete erst die Erdfalten. Die Tertiar- oder Quartärperiode bildete erst die Erdfalten. Die Tertiar- oder Quartärperiode bildete erst die Erdfalten.

Der Mensch, der sich allmählich des schmalen Landrauftritts bemächtigte, betrieb die Ungeheuer. Als erste Vegetation können wir wohl die Gräser betrachten. Diese Grassteppe löste die Lundra ab. Eine solche Steppe, die wir gegenwärtig nur noch in Amerika und Rußland finden, ist auch einmal die Wüste gewesen. Diese Wüste ist gebildet aus dem Löss, jenes Gebilde, das vom Wind gesormt war. Die Reptilienwelt der Steppe, die Springmaus, findet sich bei Ausgrabungen auch heute noch bei uns, wie in Sibirien und Nordamerika.

Wenn im Anfang die Steppe die Baumvegetation, als deren ärgster Feind, zurückdrängte, so konnte sie doch auf die Dauer den Baumwuchs nicht aufhalten. Auspruchslose Bäume drängten sich vor und später folgten dann Laubbäume. Aber der Laubwald ist ein Selbstmörder: er bildet den Humus, dessen Zersetzungsgang deren Säuren entwickelt und mit dem Kalkmergel Gestein bildet. Dieser liegt etwa 1 1/2 bis 2 Meter unter der Oberfläche. Dieser Duffstein bildet eine undurchdringliche Schicht und reißt die Bäume ab, weil so macht der Wald dem Heideland und dem Moor Platz. Infolge der Undurchlässigkeit der Duffschicht bilden sich Wasserhügel, die Moore. Die von der Duffschicht gebildet, so zieht das moorbildende Wasser das Wasser auf die Bergesriden, so im Harz usw. In Jütland von ca. 16 000 Jahren wiederholen sich derartige Erscheinungen. 6000 Jahre liegt die Eiszeit zurück. In 10 000 Jahren wird eine neue Eiszeit über unsere Kulturzeit verstreuen und alle Kultur vernichten. Die Menschen werden über die Alpen zurückgehen und später wird sich alles in demselben Wechsel und in derselben Reihenfolge wiederholen. (Beifall.)

Der Vorsitzende dankt für die große Aufmerksamkeit der Zuhörer und igrigt die Sammlung aus, daß die künftigen Ber-

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonnabend den 19. September 1903.

14. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag

(Eigener Bericht für die „Volksstimme“.)

bg. Dresden, 17. September 1903.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Saden eröffnet um 9 1/2 Uhr die Sitzung.

Zum

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit

erhält das Wort

Stadthagen. Redner beruft sich auf seinen ausführlichen Bericht und gibt einige Ergänzungen, die sich auf die Behandlung deutscher Seeleute und Pflanzler im Auslande beziehen. — Daß das Bromberger Urteil, wie es ein Antrag verlangt, von der Fraktion zur Brandmarkung der Klassenjustiz an den Pranger gestellt werden wird, ist selbstverständlich. Im übrigen möchte ich vor der großen Ueberhöhung des Parlamentarismus warnen, die darin liegt, daß manche Genossen anzunehmen scheinen, wenn die Fraktion einen Antrag stelle, dann werde er auch gleich Gesetz. Sehr bedauern muß ich den Antrag von Berlin 1, der unter anderem Einführung der einjährigen Dienstzeit verlangt. Das widerspricht direkt unserm Programm; wir müssen vielmehr mit aller Energie uns gegen das heutige Militärsystem überhaupt wenden, das von der reaktionären Masse liebtlich zur Unterstützung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung aufrechterhalten wird, und für das Militärsystem eintreten. Die weitere Forderung desselben Antrags: Anerkennung des Rechts auf Nothwehr gegen Mißhandlungen ist ganz unverständlich, da dies Recht heute bereits besteht. Wergesse man nicht, daß der Reichstag Instrument der bestehenden Klassen ist, daß die Gesetze doch alle zur Unterdrückung der arbeitenden Klassen durchgeführt werden und daß daher die aufklärende Agitation draußen von Mund zu Mund das Wichtigste ist. (Bravo!)

Dr. Michals-Marburg: Unser Antrag, daß das Verhalten der Fraktion den republikanisch-demokratischen Prinzipien zu entsprechen habe, sollte kein Vorwurf gegen die Fraktion sein, sondern besteht sich auf die Vizepräsidentenfrage. Ich ziehe den Antrag für jetzt zurück.

Reil-Stuttgart: Stadthagen meinte, der Antrag auf Schaffung einer Reichs-Eisenbahngemeinschaft verlange etwas Selbstverständliches. Wenn wirklich Einigkeit in der Fraktion über diese Frage herrschte, so hätte man den Gedanken wohl bisher etwas entschiedener verfolgt. Der Gedanke, daß die Eisenbahnen in Reichsbesitz übergeführt werden, ist heute noch undurchführbar, da Preußen und auch andre Staaten auf die Einnahmen aus ihren Bahnen direkt angewiesen sind. Wollen wir aber den Anschluß Süddeutschlands an die preussisch-hessische Gemeinschaft verhindern, so können wir das nur durch entsprechende Propagierung der Reichs-Eisenbahngemeinschaft. (Lebhafter Beifall.)

Müller-Glauchau begründet den von vielen Orten gestellten Antrag auf Ausbau der Arbeiterschutzesetzgebung, Ausdehnung der Arbeiterversicherung auf die Hausindustrie usw. Redner legt u. a. die Nachteile der Betriebskrankenkassen für die Beschäftigten dar. Die Reichstagsfraktion müsse die Vereinheitlichung der Krankenkassengesetzgebung anstreben. Bei gutem Willen werde sich das Ziel erreichen lassen.

Stadthagen widerlegt die Behauptung, daß man genau positiv gearbeitet werde. Stadthagen habe die meisten Anträge für überflüssig erklärt, aber gerade dieser Punkt der Tagesordnung gebe den Genossen auf dem Lande Gelegenheit zu wertvollen Anregungen. Redner wünscht ein Verbot der Frauenbeschäftigung in Betrieben, wo Bleiweiß verwendet wird.

Trilse-Elberfeld wünscht, daß die Fraktion sofort den Antrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen stelle. Bei der Etatsberatung verhinde die Reichstagspräsident die Erörterung solcher Fragen. Schon deshalb sei ein besonderer Antrag nötig; dazu kämen gewisse Neben in Essen und Breslau und die jetzt ausgebrochene unerhörte Razzia gegen sozialdemokratische Redakteure. Redner tritt weiter dafür ein, daß Verbesserungen in der Sozialgesetzgebung rückwirkende Kraft erhalten. Die freiwillig Verunglückten oder sich Gewundenen werden bestraft für die frühere geringere sozialpolitische Einsicht. Was den Achtstundentag anlangt, so habe schon der Referent das notwendige ausgeführt. Der Parteitag sei wohl in dieser Frage ganz einmütig. Eine Uebergangszeit sei heute nicht mehr notwendig. Die jetzigen ökonomischen Verhältnisse Deutschlands gestatteten die sofortige Einführung des Achtstundentages. Schließlich fragt Redner, warum die Fraktion, ihrem Versprechen entgegen, bei der dritten Lesung des Etats die Petition des Schneider-Verbandes auf Erweiterung der Versicherungsgesetzgebung auf die Heimarbeit nicht zur Sprache gebracht habe.

Ottlie Waader-Berlin hält die Anträge für Achtstundentag und Ausbau der Arbeiterschutzesetzgebung im Interesse der Arbeiterinnen für sehr dringlich. Daß in 30 Orten die Frauen den Antrag gestellt haben, beweise am besten die Dringlichkeit. Durch das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate lasse sich die Erreichung der gesetzlichen Ziele jetzt eher erhoffen. Die bürgerlichen Parteien hätten Furcht vor der Sozialdemokratie und diese Furcht mache sie vielleicht unsern Forderungen geneigter. Bisher war freilich nur eine Arbeiterinnen-schub-Huchelei zu merken. Ich bitte, die Anträge einstimmig anzunehmen.

Läterow-Berlin 1: Stadthagen hat unsern Antrag ja sehr bekämpft. Ich bitte Sie auch, ihn abzulehnen, wir werden ihm keine Kränze nachweihen. Der Antrag stammt von Ragenheim, war ja sehr gut gemeint, aber auch ich war durchaus der Ansicht Stadthagens, daß er dem Programm widerspreche. Wir haben das vollständige Vertrauen zu der Fraktion, daß sie wie bisher entschieden für den Arbeiterschutz eintritt.

Straßenmeyer-Essen: Daß Sie unsern Antrag auf Bekämpfung der Wurmfraukheit annehmen, halte ich für selbstverständlich. Heute sind im Ruhrrevier 80 Prozent und mehr der Gruben verseucht. Die Krankheit bringt die Arbeiter zum wirtschaftlichen Bankrott. Solange der Arbeiter nicht ein Mittel bekommt, daß er gesund ist, wird er nicht wieder angestellt. Dabei widersprechen sich die Diagnosen der Ärzte häufig diametral. Die sanitäre Untersuchung der aus dem Auslande kommenden Arbeiter, wie wir sie fordern, hätte die ungeheure Ausbreitung der Seuche verhindern können. Jetzt fordern wir als das mindeste Untersuchungsstationen, wo jeder, der sich zur Arbeit meldet, vorher untersucht wird, ob er wurmfrauk ist, und zweitens aus unserer Mitte gewählte Grubenbeamte. Ich bitte Sie dringend, unsern Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Sering-Hlensburg: Es ist ein großer Mißstand, daß uns vielfach im Wahlkampf keine Versammlungsorte zur Verfügung stehen. Besonders wir in Schleswig-Holstein haben sehr darunter zu leiden. Der Landrat von Uslar behauptete dem dänischen Kandidaten Andreen gegenüber, er kümmere sich nicht darum,

welche Lokale den Dänen zur Verfügung gestellt würden, aber am demselben Tage veröffentlichte das dänische Blatt dort einen Geheimlaß desselben Landrats von Uslar an die Gemeindevorsteher, genau darauf zu achten, welche Wirte den Dänen Lokale hergeben. (Hört, hört!) Eine solche Tätigkeit der Behörden müßte von der Tribüne des Reichstags auf das schärfste gebrandmarkt werden. Das bezweckt unser Antrag, um dessen Annahme ich Sie bitte.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.
Frau Kühler-Dresden: Die Frage des Frauenwahlrechts darf nicht besonders für sich behandelt werden, sie ist nur eine Unterabteilung der außerordentlich wichtigen Frage der Reformierung des Wahlrechts. Daher bitte ich Sie, den Antrag Frankfurt-Rebus, so gut er gemeint ist, abzulehnen.

Stressel-Bromberg: Das Bromberger Urteil unter-scheidet sich von dem Wölbauer in keiner Weise. Es war ein geradezu ungeheuerlicher Schlag für die davon Betroffenen. Wir hatten den Eindruck, daß das Urteil von vornherein feststand, daß ein abschreckendes Beispiel statuiert werden sollte, um der Arbeiterschaft dort zu zeigen, daß die bürgerliche Gesellschaft in jener Gegend noch die Macht habe. Die Bauarbeiter hatten erklärt, sich dem Schiedsgericht bedingungslos zu unterwerfen, aber die Arbeitgeber wollten um jeden Preis den Frieden verhindern. Sie lehnien jede Verhandlung vor dem Einigungsamt ab. Die größte Aufregung mußte dann unter den Arbeitern die Herbeischaffung von ausländischen Arbeitern unter dem Schutze von Schutzleuten und Militär hervorgerufen. Einem Führer, der die Gefahr überseh und mit den ausländischen Arbeitern sprechen wollte, wurde das unterlagert. Das ist doch ein ganz unerhörter Eingriff in die selbstverständlichen Rechte der Arbeiter. Ich erwarte, daß die Fraktion mit der größten Entschiedenheit dieses ungeheuerliche Urteil im Reichstag brandmarken wird. (Bravo!)

Rauch-Hannover empfiehlt der Fraktion einen Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen, der eine einheitliche Form für die Beschaffenheit der Wahlurnen verlangt.

Ragenstein: Die Forderung der einjährigen Dienstzeit bedeutet durchaus keine Aufgabe unserer Prinzipien, sie liegt vielmehr auf dem Wege zu unsern Zielen, der Militz. Auch Kautsky hat in seinem Artikel zum Parteitag die Forderung der Verkürzung der Militärdienstzeit als durchaus berechtigt für unsere Partei anerkannt. Also auch er ist in dieser Hinsicht bereits in den opportunistischen Sumpf geraten. (Heiterkeit.) Sicher ist, daß die Forderung der einjährigen Dienstzeit erreichbar und außerordentlich populär wäre. (Sehr richtig!) — Das Recht der Nothwehr gegen Mißhandlungen besteht gewiß bereits, aber seine Betonung ist doch außerordentlich notwendig. Der blinde Gehorsam ist der Angelpunkt des ganzen Militarismus, er ruft unabwendbar die fortgesetzten Mißhandlungen hervor. Mit der Forderung des blinden Gehorsams könnte man auch begründen, daß der Fahnen-eid das Militär verpflichtet, selbst zum Verfassungsbruch seinen Beistand zu leisten. Der Fahnen-eid, der nur auf die Verfassung geleistet ist, ist aber selbstverständlich null und nichtig, sobald das Heer zum Verfassungsbruch gebraucht werden soll. (Beifall.)

Frau Schröder-Berlin-Pantow bekämpft die Notharbeit der Frauen.
Ein Schlußantrag wird angenommen.

Kautsky bekräftigt in persönlicher Bemerkung, daß die Forderung der einjährigen Dienstzeit in den Rahmen der aggressiven Politik der Fraktion falle und daß damit die prinzipielle Forderung des Militärsystems nicht aufgegeben werde.

Stadthagen bemerkt in seinem Schlußwort, daß die Forderung der einjährigen Dienstzeit nicht von der Fraktion in einem eignen Gesetzentwurf, sondern nur als Wänderungsantrag zu einem von den bürgerlichen Parteien eingebrachten Gesetz erhoben werden könne.

In der Abstimmung werden die Anträge der Fraktion zur Erwägung überwiesen, welche den Ausbau des Koalitionsrechts, die Ver-einigung des Majestätsbeleidigungsparagraphen, die Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, eine Reichseisenbahngemeinschaft, Befehlsmäßigkeit der Wahlprüfungen des Reichstags, bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses, Bekämpfung der Wurmfraukheit, Brandmarkung des Bromberger Urteils, Ausbau des Arbeiterschutzes, insbesondere für die Arbeiterinnen, fordern. — Die übrigen Anträge werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Parteitag beschließt nun, vormittags noch den Punkt 6 der Tagesordnung, die

Besprechung des Amsterdamer internationalen Kongresses zu beraten.

Singer weist darauf hin, daß der Parteitag schon voriges Jahr eine zahlreiche Besprechung des Amsterdamer Kongresses beschlossen habe, der in Rücksicht auf die durch die Reichstagswahlen zu sehr beschäftigte deutsche Partei auf das Jahr 1904 verschoben worden sei. Wegen die verschiedenartig gestellten Anträge, die Frage des Frauenstimmrechts, in Amsterdam zu verhandeln, sei nichts einzuwenden; er unterhalte ihn ebenso wie den Antrag Wolfenbuter, die Frage der Versicherungsgesetzgebung und ihre internationale Regelung in Amsterdam zu verhandeln. Er empfehle zahlreiche Besprechung. Das Wort „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ findet seinen praktischen Ausdruck in den internationalen Kongressen. (Beifall.)

Frau Jettin-Stuttgart widerspricht dem Antrage, die Frage der Erwerbung des Frauenwahlrechts als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses zu setzen. Das wäre ebenso unrichtig, als wenn wir die Frage der Herabsetzung des Wahl-berechtigungsalters besonders erörtern würden. Dagegen halte auch ich es für dringend notwendig, daß heute, wo es sich fast überall um den Kampf für Erweiterung des Wahlrechts handelt, die Forderung des Frauenwahlrechts dabei nicht zu kurz kommt, sei es mit Rücksicht auf bürgerliche Verbände wie in Belgien oder mit Hinweis auf den An-verständnis der Massen. (Sehr richtig!) Diese unsere prinzipielle Forderung wird daher auch auf dem internationalen Kongress ent-schieden zu vertreten sein. (Beifall.)

Wolfenbuter legt die Notwendigkeit dar, auf dem inter-nationalen Kongress sich mit der Versicherungsgesetzgebung zu be-schäftigen. Es dürfe nicht der Fall vorkommen, daß ein internationaler Kongress Forderungen aufstelle, die hinter dem zurückbleiben, was durch die Gesetzgebung einzelner Länder schon erreicht sei. (Sehr richtig!)

Dr. Heinrich Braun ist der Ansicht, daß gerade die Be-handlung des Frauenstimmrechts in Amsterdam wünschenswert sei. Man dürfe sich in dieser Frage nicht den Wind von bürgerlichen Parteien aus den Segeln nehmen lassen. In England sei es so, daß die bürgerlichen Parteien im Gegensatz zu unsern Genossen das Frauen-wahlrecht propagierten.

Frau Jettin: Die englischen Genossinnen sind nur gegen das von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen dort propagierte, be-schränkte und für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Frauen-wahlrecht aufgetreten. Gewiß dürfen wir die Bewegung der bürger-lichen Frauen nicht unterschätzen; der Verein für Frauenstimmrecht ist aber bei den letzten Wahlen für die Kandidaten der freiwirtschaftlichen Partei und gegen die sozialdemokratischen Kandidaten aufgetreten und hat damit seinen Programmpunkt preisgegeben.

Damit schließt die Diskussion. Nach einem Schlußwort Singers wird beschloffen, den internationalen Kongress zahlreich zu besenden und die internationale Regelung der Versicherungsgesetzgebung als be-sonderen Punkt der Tagesordnung vorzuschlagen. Das Frauenwahlrecht als besonderen Punkt zu beraten, wird abgelehnt.

Den Textarbeitern in Grimnitzhau, die sich in wochenlangen-schmerzigen Streikämpfen befinden, spricht der Parteitag seine Sympathie aus. — Hierauf werden die Verhandlungen auf nachmittags 3 Uhr vertagt. —

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung.

Der Parteitag spricht zunächst der Fraktion für ihre Tätig-keit gegen den Polltarif, speziell zur Obstruktion, seine Aner-ken-nung einstimmig aus.

Zur Diskussion wird der Punkt der Tagesordnung:

Die Taktik der Partei

gestellt.

Es entsteht eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Rednerliste, da diese sich schon früher, bevor der Punkt zur Erörterung gestellt wurde, gebildet hat. Es wird verlangt, eine neue Rednerliste aufzustellen, doch sieht man schließlich davon ab und läßt es bei der alten Rednerliste. Der Parteitag beschließt für diesen Punkt un-be-schränkte Redezeit, zuerst soll **Webel**, nach ihm **v. B o l l m a r** sprechen.

Webel

schlägt folgende von ihm, Kautsky und Singer verfaßte Resolution zur Annahme vor:

„Der Parteitag fordert die Fraktion auf, zwar ihren Anspruch auf die Stelle des ersten Vizepräsidenten und Schriftführers für einen Kandidaten aus ihrer Mitte zu erheben, er fordert aber, daß sie es ablehnt, höfliche oder sonstige Verpflichtungen zu übernehmen, die nicht durch die Reichsverfassung oder die Geschäftsordnung vorge-schrieben sind.“

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionisti-schen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und steggekrönte auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der be-stehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hin-arbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesell-schaft begnügt.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhan-denen, stets wachsenden Klassen-gegensätze zu vertuschen, um eine An-lehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die ge-waltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundzügen unseres Programms dazu benutz, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kräftigste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist.“

Webel führt aus: Gleich nach den letzten Wahlen mit ihrem Misserfolg für die Partei wurde in der ausländischen Parteipress

und in der geg... geworden: was... tun, wie werde... Fraktion wirken? Auch Kautsky veröffentlichte sofort nach den Wahlen in der „Neuen Zeit“ einen Artikel: Was nun?, der in sehr interessanten historischen und sonstigen Auseinandersetzungen die Frage aufwarf, in welcher Weise und ob überhaupt wir unsre Taktik zu ändern hätten. Der Artikel enthielt ja für mich viel Belehrendes, aber schließlich war ich am Ende doch nicht klüger als zuvor. Kautsky hatte nach meiner Ansicht keine rechte Antwort auf die Frage: Was nun? gefunden. — Wie liegen denn nun die Dinge, welches sind in der Tat unsre Ge-folge. Zweifellos haben wir einen kolossalen Stimmengewinn zu ver-zeichnen. Wenn wir aber einmal die Parteiverhältnisse im Reichstag betrachten und die gesamte Linke als eine Einheit annehmen, so steht doch fest, daß sich das Stimmverhältnis kaum merklich geändert hat. Es sind nur aus der Linken die halben und Viertelstimm-mehr ausgeschieden und an deren Stelle ganze Männer getreten.

In Bezug auf die Entscheidung bei Abstimmungen, namentlich bei wichtigen, ist alles beim alten geblieben, das Zentrum ist noch immer die ausschlaggebende Partei. Dazu kommt, daß die Parteien der Rechten sich noch mehr als bisher zusammen-schließen und noch reaktionärer stimmen werden. (Wollmar: Sehr richtig!) Schrieb doch die „Kreuzzeitung“ nach den Wahlen: „Die Not der Zeit zwingt dazu, den Kampf zwischen Rom und Wittenberg aus-zuschalten trotz aller Bedenken.“ An Stelle dieses Kampfes, der jahr-hundertlang die Welt zerrissen hat, will man sich jetzt zusammen-schließen, aber nur um noch mehr die Rechte des Volkes zu unter-drücken. Die Art, wie der Repräsentant des einzigen proletarischen Reiches sich schon seit einer Reihe von Jahren zu der katholischen Geistlichkeit gestellt hat, war ja ebenfalls im höchsten Grade sympho-matisch für jeden, der sehen konnte. — Was sind denn die Ursachen, daß unsre Stimmzahl so kolossal zugenommen hat? Vor allem der steigende Unwille, ja die Empörung über unsre vollständig zerfallenen inneren Zustände, die immer weitere Kreise ergreifen; die vollständige Populosität in unsrer innern und äußern Politik macht immer weitere Kreise bedenklich und treibt sie der einzigen Partei, die bisher scharf und zielbewußt ihren Weg gegangen ist, in die Arme. Für uns werden der vollständige Stillstand in der Bekämpfung der notwendigen Kulturbedürfnisse, die traurige Finanzwirtschaft, die Plan- und Ziellosigkeit in der Handelspolitik, die wahrscheinlich zur Folge haben wird, daß der Reichstag in der nächsten Session noch keinen einzigen Handelsvertrag vorgelegt erhalten wird, weil man, wie es in einer russischen Zeitung hieß, über das gegenseitige Verzicht nicht herauskommen wird. Es kommen weiter in Betracht die fort-gesetzt gesteigerten Ausgaben für Heer und Marine. Da sagt sich doch der einfache Mann: Die Resultate all der schneidigen Expeditionen in China, in Venezuela u. stehen in schneidendem Widerspruch zu den Kosten, die immer mehr anwachsen und vor allem den arbeitenden Klassen zur Last fallen, die kein Interesse daran haben, sondern noch ihre Söhne auf dem Altar des Vaterlandes opfern müssen. Auch jetzt stehen ja wieder neue Steuern in Aussicht. Der Wechsel im Finanz-ministerium, die Erhebung des Herrn v. Tschelmann durch den bap-rischen Finanz. v. Stengel hätte ja doch nur den Zweck, das Zentrum für die neuen Steuern leichter zu gewinnen. Aus diesem Wechsel folgt aber noch weiter, daß man nunmehr auch den einflussreichsten Staat Bayern für die bisherige Reichspolitik gewonnen hat. Darauf möchte ich auch besonders unsere bayrischen Parteigenossen hinweisen. Diese geradezu programmatisch kundgegebene Absicht Bayerns, die Reichs-politik zu der seinigen zu machen, wird auch ein eminent wichtiges Moment für gewisse Teile unsrer sozialdemokratischen Bewegung sein. Unsre Finanzen sind total zerfahren. Es ist mir erst kürzlich mit-geleitet, daß das Deutsche Reich, das früher doch als prompter Zahler bekannt war, heute oft nicht mehr in der Lage ist, zu zahlen, und Kredit in Anspruch nehmen muß. (Hört, hört!)

Dabei ist die bisher festeste Säule, die Armee, auch von der Unzu-friedenheit gepackt. Aus dem Offizierskorps kommen immer mehr der-artige Stimmen. Das alles bei ungenügender wirtschaftlicher Konjunktur. Wenn ich neulich sagte, wir gehen schweren Zeiten entgegen, so dachte ich nicht an Gewaltmaßregeln gegen uns, sondern an wirtschaftlich

und in der geg... geworden: was... tun, wie werde... Fraktion wirken? Auch Kautsky veröffentlichte sofort nach den Wahlen in der „Neuen Zeit“ einen Artikel: Was nun?, der in sehr interessanten historischen und sonstigen Auseinandersetzungen die Frage aufwarf, in welcher Weise und ob überhaupt wir unsre Taktik zu ändern hätten. Der Artikel enthielt ja für mich viel Belehrendes, aber schließlich war ich am Ende doch nicht klüger als zuvor. Kautsky hatte nach meiner Ansicht keine rechte Antwort auf die Frage: Was nun? gefunden. — Wie liegen denn nun die Dinge, welches sind in der Tat unsre Ge-folge. Zweifellos haben wir einen kolossalen Stimmengewinn zu ver-zeichnen. Wenn wir aber einmal die Parteiverhältnisse im Reichstag betrachten und die gesamte Linke als eine Einheit annehmen, so steht doch fest, daß sich das Stimmverhältnis kaum merklich geändert hat. Es sind nur aus der Linken die halben und Viertelstimm-mehr ausgeschieden und an deren Stelle ganze Männer getreten.

In Bezug auf die Entscheidung bei Abstimmungen, namentlich bei wichtigen, ist alles beim alten geblieben, das Zentrum ist noch immer die ausschlaggebende Partei. Dazu kommt, daß die Parteien der Rechten sich noch mehr als bisher zusammen-schließen und noch reaktionärer stimmen werden. (Wollmar: Sehr richtig!) Schrieb doch die „Kreuzzeitung“ nach den Wahlen: „Die Not der Zeit zwingt dazu, den Kampf zwischen Rom und Wittenberg aus-zuschalten trotz aller Bedenken.“ An Stelle dieses Kampfes, der jahr-hundertlang die Welt zerrissen hat, will man sich jetzt zusammen-schließen, aber nur um noch mehr die Rechte des Volkes zu unter-drücken. Die Art, wie der Repräsentant des einzigen proletarischen Reiches sich schon seit einer Reihe von Jahren zu der katholischen Geistlichkeit gestellt hat, war ja ebenfalls im höchsten Grade sympho-matisch für jeden, der sehen konnte. — Was sind denn die Ursachen, daß unsre Stimmzahl so kolossal zugenommen hat? Vor allem der steigende Unwille, ja die Empörung über unsre vollständig zerfallenen inneren Zustände, die immer weitere Kreise ergreifen; die vollständige Populosität in unsrer innern und äußern Politik macht immer weitere Kreise bedenklich und treibt sie der einzigen Partei, die bisher scharf und zielbewußt ihren Weg gegangen ist, in die Arme. Für uns werden der vollständige Stillstand in der Bekämpfung der notwendigen Kulturbedürfnisse, die traurige Finanzwirtschaft, die Plan- und Ziellosigkeit in der Handelspolitik, die wahrscheinlich zur Folge haben wird, daß der Reichstag in der nächsten Session noch keinen einzigen Handelsvertrag vorgelegt erhalten wird, weil man, wie es in einer russischen Zeitung hieß, über das gegenseitige Verzicht nicht herauskommen wird. Es kommen weiter in Betracht die fort-gesetzt gesteigerten Ausgaben für Heer und Marine. Da sagt sich doch der einfache Mann: Die Resultate all der schneidigen Expeditionen in China, in Venezuela u. stehen in schneidendem Widerspruch zu den Kosten, die immer mehr anwachsen und vor allem den arbeitenden Klassen zur Last fallen, die kein Interesse daran haben, sondern noch ihre Söhne auf dem Altar des Vaterlandes opfern müssen. Auch jetzt stehen ja wieder neue Steuern in Aussicht. Der Wechsel im Finanz-ministerium, die Erhebung des Herrn v. Tschelmann durch den bap-rischen Finanz. v. Stengel hätte ja doch nur den Zweck, das Zentrum für die neuen Steuern leichter zu gewinnen. Aus diesem Wechsel folgt aber noch weiter, daß man nunmehr auch den einflussreichsten Staat Bayern für die bisherige Reichspolitik gewonnen hat. Darauf möchte ich auch besonders unsere bayrischen Parteigenossen hinweisen. Diese geradezu programmatisch kundgegebene Absicht Bayerns, die Reichs-politik zu der seinigen zu machen, wird auch ein eminent wichtiges Moment für gewisse Teile unsrer sozialdemokratischen Bewegung sein. Unsre Finanzen sind total zerfahren. Es ist mir erst kürzlich mit-geleitet, daß das Deutsche Reich, das früher doch als prompter Zahler bekannt war, heute oft nicht mehr in der Lage ist, zu zahlen, und Kredit in Anspruch nehmen muß. (Hört, hört!)

Dabei ist die bisher festeste Säule, die Armee, auch von der Unzu-friedenheit gepackt. Aus dem Offizierskorps kommen immer mehr der-artige Stimmen. Das alles bei ungenügender wirtschaftlicher Konjunktur. Wenn ich neulich sagte, wir gehen schweren Zeiten entgegen, so dachte ich nicht an Gewaltmaßregeln gegen uns, sondern an wirtschaftlich

und in der geg... geworden: was... tun, wie werde... Fraktion wirken? Auch Kautsky veröffentlichte sofort nach den Wahlen in der „Neuen Zeit“ einen Artikel: Was nun?, der in sehr interessanten historischen und sonstigen Auseinandersetzungen die Frage aufwarf, in welcher Weise und ob überhaupt wir unsre Taktik zu ändern hätten. Der Artikel enthielt ja für mich viel Belehrendes, aber schließlich war ich am Ende doch nicht klüger als zuvor. Kautsky hatte nach meiner Ansicht keine rechte Antwort auf die Frage: Was nun? gefunden. — Wie liegen denn nun die Dinge, welches sind in der Tat unsre Ge-folge. Zweifellos haben wir einen kolossalen Stimmengewinn zu ver-zeichnen. Wenn wir aber einmal die Parteiverhältnisse im Reichstag betrachten und die gesamte Linke als eine Einheit annehmen, so steht doch fest, daß sich das Stimmverhältnis kaum merklich geändert hat. Es sind nur aus der Linken die halben und Viertelstimm-mehr ausgeschieden und an deren Stelle ganze Männer getreten.

In Bezug auf die Entscheidung bei Abstimmungen, namentlich bei wichtigen, ist alles beim alten geblieben, das Zentrum ist noch immer die ausschlaggebende Partei. Dazu kommt, daß die Parteien der Rechten sich noch mehr als bisher zusammen-schließen und noch reaktionärer stimmen werden. (Wollmar: Sehr richtig!) Schrieb doch die „Kreuzzeitung“ nach den Wahlen: „Die Not der Zeit zwingt dazu, den Kampf zwischen Rom und Wittenberg aus-zuschalten trotz aller Bedenken.“ An Stelle dieses Kampfes, der jahr-hundertlang die Welt zerrissen hat, will man sich jetzt zusammen-schließen, aber nur um noch mehr die Rechte des Volkes zu unter-drücken. Die Art, wie der Repräsentant des einzigen proletarischen Reiches sich schon seit einer Reihe von Jahren zu der katholischen Geistlichkeit gestellt hat, war ja ebenfalls im höchsten Grade sympho-matisch für jeden, der sehen konnte. — Was sind denn die Ursachen, daß unsre Stimmzahl so kolossal zugenommen hat? Vor allem der steigende Unwille, ja die Empörung über unsre vollständig zerfallenen inneren Zustände, die immer weitere Kreise ergreifen; die vollständige Populosität in unsrer innern und äußern Politik macht immer weitere Kreise bedenklich und treibt sie der einzigen Partei, die bisher scharf und zielbewußt ihren Weg gegangen ist, in die Arme. Für uns werden der vollständige Stillstand in der Bekämpfung der notwendigen Kulturbedürfnisse, die traurige Finanzwirtschaft, die Plan- und Ziellosigkeit in der Handelspolitik, die wahrscheinlich zur Folge haben wird, daß der Reichstag in der nächsten Session noch keinen einzigen Handelsvertrag vorgelegt erhalten wird, weil man, wie es in einer russischen Zeitung hieß, über das gegenseitige Verzicht nicht herauskommen wird. Es kommen weiter in Betracht die fort-gesetzt gesteigerten Ausgaben für Heer und Marine. Da sagt sich doch der einfache Mann: Die Resultate all der schneidigen Expeditionen in China, in Venezuela u. stehen in schneidendem Widerspruch zu den Kosten, die immer mehr anwachsen und vor allem den arbeitenden Klassen zur Last fallen, die kein Interesse daran haben, sondern noch ihre Söhne auf dem Altar des Vaterlandes opfern müssen. Auch jetzt stehen ja wieder neue Steuern in Aussicht. Der Wechsel im Finanz-ministerium, die Erhebung des Herrn v. Tschelmann durch den bap-rischen Finanz. v. Stengel hätte ja doch nur den Zweck, das Zentrum für die neuen Steuern leichter zu gewinnen. Aus diesem Wechsel folgt aber noch weiter, daß man nunmehr auch den einflussreichsten Staat Bayern für die bisherige Reichspolitik gewonnen hat. Darauf möchte ich auch besonders unsere bayrischen Parteigenossen hinweisen. Diese geradezu programmatisch kundgegebene Absicht Bayerns, die Reichs-politik zu der seinigen zu machen, wird auch ein eminent wichtiges Moment für gewisse Teile unsrer sozialdemokratischen Bewegung sein. Unsre Finanzen sind total zerfahren. Es ist mir erst kürzlich mit-geleitet, daß das Deutsche Reich, das früher doch als prompter Zahler bekannt war, heute oft nicht mehr in der Lage ist, zu zahlen, und Kredit in Anspruch nehmen muß. (Hört, hört!)

Dabei ist die bisher festeste Säule, die Armee, auch von der Unzu-friedenheit gepackt. Aus dem Offizierskorps kommen immer mehr der-artige Stimmen. Das alles bei ungenügender wirtschaftlicher Konjunktur. Wenn ich neulich sagte, wir gehen schweren Zeiten entgegen, so dachte ich nicht an Gewaltmaßregeln gegen uns, sondern an wirtschaftlich

und in der geg... geworden: was... tun, wie werde... Fraktion wirken? Auch Kautsky veröffentlichte sofort nach den Wahlen in der „Neuen Zeit“ einen Artikel: Was nun?, der in sehr interessanten historischen und sonstigen Auseinandersetzungen die Frage aufwarf, in welcher Weise und ob überhaupt wir unsre Taktik zu ändern hätten. Der Artikel enthielt ja für mich viel Belehrendes, aber schließlich war ich am Ende doch nicht klüger als zuvor. Kautsky hatte nach meiner Ansicht keine rechte Antwort auf die Frage: Was nun? gefunden. — Wie liegen denn nun die Dinge, welches sind in der Tat unsre Ge-folge. Zweifellos haben wir einen kolossalen Stimmengewinn zu ver-zeichnen. Wenn wir aber einmal die Parteiverhältnisse im Reichstag betrachten und die gesamte Linke als eine Einheit annehmen, so steht doch fest, daß sich das Stimmverhältnis kaum merklich geändert hat. Es sind nur aus der Linken die halben und Viertelstimm-mehr ausgeschieden und an deren Stelle ganze Männer getreten.

In Bezug auf die Entscheidung bei Abstimmungen, namentlich bei wichtigen, ist alles beim alten geblieben, das Zentrum ist noch immer die ausschlaggebende Partei. Dazu kommt, daß die Parteien der Rechten sich noch mehr als bisher zusammen-schließen und noch reaktionärer stimmen werden. (Wollmar: Sehr richtig!) Schrieb doch die „Kreuzzeitung“ nach den Wahlen: „Die Not der Zeit zwingt dazu, den Kampf zwischen Rom und Wittenberg aus-zuschalten trotz aller Bedenken.“ An Stelle dieses Kampfes, der jahr-hundertlang die Welt zerrissen hat, will man sich jetzt zusammen-schließen, aber nur um noch mehr die Rechte des Volkes zu unter-drücken. Die Art, wie der Repräsentant des einzigen proletarischen Reiches sich schon seit einer Reihe von Jahren zu der katholischen Geistlichkeit gestellt hat, war ja ebenfalls im höchsten Grade sympho-matisch für jeden, der sehen konnte. — Was sind denn die Ursachen, daß unsre Stimmzahl so kolossal zugenommen hat? Vor allem der steigende Unwille, ja die Empörung über unsre vollständig zerfallenen inneren Zustände, die immer weitere Kreise ergreifen; die vollständige Populosität in unsrer innern und äußern Politik macht immer weitere Kreise bedenklich und treibt sie der einzigen Partei, die bisher scharf und zielbewußt ihren Weg gegangen ist, in die Arme. Für uns werden der vollständige Stillstand in der Bekämpfung der notwendigen Kulturbedürfnisse, die traurige Finanzwirtschaft, die Plan- und Ziellosigkeit in der Handelspolitik, die wahrscheinlich zur Folge haben wird, daß der Reichstag in der nächsten Session noch keinen einzigen Handelsvertrag vorgelegt erhalten wird, weil man, wie es in einer russischen Zeitung hieß, über das gegenseitige Verzicht nicht herauskommen wird. Es kommen weiter in Betracht die fort-gesetzt gesteigerten Ausgaben für Heer und Marine. Da sagt sich doch der einfache Mann: Die Resultate all der schneidigen Expeditionen in China, in Venezuela u. stehen in schneidendem Widerspruch zu den Kosten, die immer mehr anwachsen und vor allem den arbeitenden Klassen zur Last fallen, die kein Interesse daran haben, sondern noch ihre Söhne auf dem Altar des Vaterlandes opfern müssen. Auch jetzt stehen ja wieder neue Steuern in Aussicht. Der Wechsel im Finanz-ministerium, die Erhebung des Herrn v. Tschelmann durch den bap-rischen Finanz. v. Stengel hätte ja doch nur den Zweck, das Zentrum für die neuen Steuern leichter zu gewinnen. Aus diesem Wechsel folgt aber noch weiter, daß man nunmehr auch den einflussreichsten Staat Bayern für die bisherige Reichspolitik gewonnen hat. Darauf möchte ich auch besonders unsere bayrischen Parteigenossen hinweisen. Diese geradezu programmatisch kundgegebene Absicht Bayerns, die Reichs-politik zu der seinigen zu machen, wird auch ein eminent wichtiges Moment für gewisse Teile unsrer sozialdemokratischen Bewegung sein. Unsre Finanzen sind total zerfahren. Es ist mir erst kürzlich mit-geleitet, daß das Deutsche Reich, das früher doch als prompter Zahler bekannt war, heute oft nicht mehr in der Lage ist, zu zahlen, und Kredit in Anspruch nehmen muß. (Hört, hört!)

Subas an ihren Kollegen werden; die Vorgesetzten, welche derartige Erziehungsmethoden bei den Arbeitern in Anwendung bringen wollen, mögen sich nur versehen, daß sie nicht eines Tages selbst das Opfer der von ihnen gezielten Demunzianten werden. Ein altes Sprichwort sagt bekanntlich, der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Demunziant. Die Krupp'schen Arbeiter in ihrer weitestgehenden Mehrheit weisen die Zumutung entschieden zurück, als Demunzianten zu gelten. Die Versammlung nahm alsdann folgende Resolution einstimmig an:

Die heutige öffentliche Volksversammlung Krupp'scher Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht gemäß den Anweisungen des Referenten für die Zukunft zu handeln. Die Maßregel, welche die Firma Krupp im Kanonenbetrieb vorzunehmen beliebt, zeigt der Versammlung, daß die Krupp'sche Firma sich ohne weiteres über die bestehenden Gesetze hinwegsetzt. Die Versammlung beurteilt es auf das entschiedenste, daß einzelne Arbeiter wegen des Gebrauchs des ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrechts gemahnt werden. Die Versammlung verspricht, alles zu tun, soweit sie dazu in der Lage ist, die Firma zu zwingen, daß in Zukunft keine Arbeiter mehr von ihr gemahnt werden. Als bestes Mittel, um zu diesem Resultat zu kommen, erkennen die Anwesenden den Anschluß an den über 140 000 Mitglieder zählenden Deutschen Metallarbeiter-Verband. Nur durch Anschluß an diese kräftige Organisation ist es möglich, dem rigorosen Vorgehen der Firma einen kräftigen Damm entgegenzusetzen. Die Versammlung verspricht, alle nicht anwesenden Mitarbeiter zu veranlassen, dem Metallarbeiter-Verband beizutreten, damit es in Zukunft möglich ist, bei wiederkehrenden Maßregelungen mit der Firma ein ernstes Wort zu reden.

Mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband wird die Versammlung geschlossen.

Es ist mit der Wohlfahrtsfirma weit gekommen, wenn man schon mit Protestversammlungen gegen sie vorzugehen gezwungen ist! —

Bauarbeiterschlag. Gegenwärtig werden an der Katharinenkirche Dachdeckerarbeiten ausgeführt. Der den Bau ausführende Dachdeckermeister Steffin scheint die Schutzborschriften zur Verhütung von Unfällen auch nur platonisch zu lieben. Wenigstens konnten wir heute morgen beobachten, daß vier Dachdecker auf dem äußerst steil abfallenden Dach der Kirche arbeiteten, ohne daß eine Fangvorrichtung angebracht war. Es bedarf nur eines Fehltritts und die Arbeiter fallen aus einer Höhe von 20 bis 30 Meter herunter. Man sollte meinen, daß die zahlreichen Unfälle in diesem Gewerbe die Unternehmer und auch die Arbeiter vorichtig gemacht hätten. Im vorigen Jahre erlitten von circa 90 beschäftigten Dachdeckern 6 schwere, zum Teil tödliche Unfälle, während 3 mit leichten Verletzungen davonkamen.

Ist denn eigentlich den Dachdeckern ihr Leben so wertlos, daß sie nicht den Mut haben, von den Unternehmern die Anbringung der notwendigen Schutzborschriften zu erzwingen? In den „Kleingehackten Holzläden“ wird nicht selten über die Mißstände ratiert; wenn es aber heißt, eine Versammlung zu besuchen und durch die Organisation der Unternehmerwillkür wirksam entgegenzutreten, dann — bleibt man hinter dem Ofen hocken! So konnte die letzte Versammlung der Arbeiter selbst eingerissen ist, so darf man sich gewiß nicht wundern, wenn die Unternehmer, lediglich um die paar Pfennige für die Anbringung von Schutzborsrichtungen zu sparen, Leben und Gesundheit der Arbeiter sehr nebenächlich behandeln. —

Ein Sozialdemokrat als Dramatiker. Unseres Parteigenossen Emil Rosenow's vieraktige Komödie „Roter Lampe“ wird nächstens auch in Berlin (im Berliner Theater) aufgeführt werden. — Wir sind überzeugt, daß Herr Cabjins dieses selbst von hürgerlichen Blättern als sehr gut bezeichnete Stück nur deshalb nicht erwirbt, weil der Verfasser sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter ist. —

Die Magdeburger Girsch-Dunderschen beschließen unter Leitung des Herrn — Felligiebel (!) die Bildung einer Agitationskommission, deren Aufgabe es sein soll, die Angriffe auf die einzelnen Ortsvereine oder die Organisationen abzuweisen. — Die Girsch-Dunderschen täten besser daran, die Ur sachen, die zu den berechtigten Angriffen Anlaß geben, zu beseitigen! —

Was uns bitter not tut. Die „Zerbster Zeitung“ weiß zu melden: Zu den Armeekorps, welche noch keine Maschinengewehr-Abteilung besitzen, gehört das 4. Armeekorps (Magdeburg). Jetzt heißt es nun, daß auch dieses Korps eine solche Abteilung erhalten soll, es sei die Stadt Zerbst als Garnison dafür auszuweisen. Damit wird sicherlich einem „tiefergefühlten Bedürfnis“ abgeholfen. —

Provinz und Umgegend.

Burg, 18. September. (Er braucht die Arbeitergroßen nicht.) Den Parteigenossen und organisierten Arbeitern zur Nachricht, daß Herr Rogatzki, der Wirt vom „Schützenhaus“, die Erklärung abgegeben hat, in Zukunft keine sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Versammlungen in seinem Lokale mehr zu dulden. Die organisierten Arbeiter werden wissen, wie sie sich dieser Erklärung gegenüber zu verhalten haben. —

Burg, 18. September. (An die Arbeit!) Da die Beteiligung an der Verbreitung der Agitationsnummer am Sonntag eine so geringe war, daß ein großer Teil von Straßen nicht belegt werden konnte, sehen wir uns veranlaßt, diejenigen Genossen, welche es ernstlich mit ihrer Aufgabe, agitatorisch tätig zu sein meinen, aufzufordern, am Sonnabend den 19. September, nachmittags zwischen 6 und 7 Uhr sich bei Jesse, Holzstraße 2, einzufinden, um das Versäumte nachzuholen. Parteigenossen! Denkt an Eure Pflicht und helft mit, dafür zu sorgen, daß unsere hiesigen Lokallisten, welche Euch ja doch nur beschützen und beschützen, aus den Arbeiterwohnungen verschwinden. —

Salzberg, 16. September. (Stadtverordnetenbericht.) Die Sitzung war nur mäßig besucht. Der Viehhändler Wiesel hat sein Hausgrundstück an den Fleischermeister Wanning aus Bern-

burg verkauft und beabsichtigt derselbe, einen Laden anzulegen, zu welchem Zwecke die baupolizeiliche Genehmigung nachgesucht wird. Der Magistrat ist bereit, die Genehmigung zu dem beabsichtigten Bau zu erteilen unter der Bedingung, von dem ihm nach § 11 des Fluchtliniengesetzes zustehenden Bauverbot Gebrauch zu machen. Der jetzige Eigentümer soll sich nun verpflichten, im Grundbuch in Abteilung 2 eine Eintragung an sicherer Stelle zu bewirken. Diese Eintragung geht dahin, daß der jetzige Erwerbspreis von 20 000 Mark auch dann maßgebend sein soll, falls das Grundstück bei eventueller Durchführung der Fluchtlinie in der Dominikanerstraße oder am Siege von der Stadt erworben werden müßte. Mit dieser Bedingung hat sich der neue Eigentümer einverstanden erklärt. Die Versammlung erklärte sich hiermit ebenfalls einverstanden. — Justizrat Dr. Fromme berichtete der Versammlung über die Stiftung des Stabverordneten-Vorstandes Geheimen Sanitätsrats Dr. Finte. Dr. Finte hat die Absicht, ein Finte'sches Freibett im Salvator-Krankenhaus zu stiften, zu welchem Zweck er der Stadt ein Kapital von 15 000 Mark als Geschenk überweisen will. Dieses Kapital soll am 1. Oktober d. J. in die Stadtkasse eingezahlt und vom Magistrat in minderbilligen 4prozentigen Hypotheken angelegt werden. Der Spender hat folgende Bedingungen daran geknüpft: Die 15 000 Mark sind, solange der Stifter selbst lebt, mit 4 Prozent an diesen zu verzinsen. Nach dem Tode des Stifters an dessen Tochter Martha, solange sie lebt. Die Zinsen sind halbjährlich mit 300 Mark zu zahlen. Nach dem Tode des Stifters und seiner Tochter werden die Zinsen zur Unterhaltung eines „Finte'schen Freibettes“ im Salvator-Krankenhaus verwendet. In diesem sollen nachweislich bedürftige und würdige Kranke ohne Unterschied der Konfession in der dritten Klasse freie Aufnahme finden. Berichterstatter spricht in längerer Rede für diese Spende seinen Dank aus und gedenkt des tragischen Geschicks, welches den edlen Spender betroffen hat, indem ihm seine Tochter Martha durch den Tod entzogen wurde. Die Anwesenden erhoben sich von ihren Plätzen und beauftragten das Bureau, dem Spender den Dank und durch Ueberreichung eines Kranzes die Teilnahme an dem herben Verlust zum Ausdruck zu bringen.

Zur Wiederinstandsetzung der Parkanlagen auf den Spiegelbergen wurden 500 Mark bewilligt. Ein Antrag des Stadtverordneten Kofke, 1000 Mark zu bewilligen, wurde abgelehnt. — Hierauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt. —

Salzberg, 16. September. (Schwurgericht.) Zum Vorsitzenden der am 5. Oktober beginnenden dritten Schwurgerichtsperiode ist Landgerichtsrat Dr. Lohse ernannt. —

(Ertrunken.) Am Mittwoch ertrank in der Holtemme bei der Gröberbrücke ein Ochsenjunge. Der Bedauernswerte hatte die Tiere wie gewöhnlich, wenn sie vom Felde kamen, in das Wasser geführt. Hierbei fiel er von dem Ochsen herunter und verschwand, ohne wieder an die Oberfläche zu kommen. Da die Holtemme nach dem anhaltenden Regen einen ziemlich hohen Wasserstand hat, so war es den Personen, welche jedenfalls Nichtschwimmer waren und dem graufigen Schauspiel zusahen, unmöglich, Hilfe zu leisten. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Mittwoch vormittag gegen 11 Uhr erhängte sich der Arbeiter B. im Gefängnis in Duedlinburg kurze Zeit nach seiner Einlieferung. B. war wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen an Kindern verhaftet worden. — Ein schwerer Unfall ereignete sich in der Weberstraße in Duedlinburg, indem daselbst ein circa zehnjähriger Junge des Arbeiters Sch., wohnhaft an den Augustinern, von einem schweren Kollisionswerk eines Speiteurus überfahren wurde, wobei er einen komplizierten Schenkelbruch erlitt. — Vorgesellern nachmittag machte in seiner Wohnung, Schenkelstr. in Staßfurt, der 74 Jahre alte Arbeiter Hüfner durch Erschießen seinem Leben selbst ein Ende. Er war sehr leidend und litt solche furchtbare Schmerzen, daß er die Tat aus Lebensüberdruß verübt haben mag. — Mit einem schwer beladenen Wagen fuhr der Fuhrer S. in Salzberg durch die Braunschweigerstraße. Die Pferde konnten hier nicht weiter. S. stieg infolge dessen vom Wagen, um durch Nachziehen denselben von der Stelle zu bringen. Er stürzte hierbei unglücklicherweise vor das linke Hinterrad des Wagens, der in diesem Augenblick weiter fuhr. Das Rad zerquetschte dem S. das rechte Bein. —

Kleine Chronik.

Die Hochwasserkatastrophe in Gastein. Nachdem Gastein infolge der Ueberschwemmungen in den Bergen des Salzammerguts mehrere Tage lang von der Außenwelt völlig abgeschnitten gewesen war, langen jetzt endlich Nachrichten an, die ein freilich sehr trauriges Bild von den Verhältnissen in dem berühmten Kurort geben. Wenn auch zu berücksichtigen ist, daß die jetzigen Vorkämpfer auf Umwegen eintreffen und vom ersten Schrecken diktiert sind, so muß man doch als feststehend betrachten, daß Gastein überlumpelt worden ist. Ein Telegramm berichtet darüber:

Salzburg, 18. September. Heute ist hierher nähere Kunde aus Gastein gelangt. Danach hat der Kurort nicht nur durch Ueberschwemmung enormen Schaden gelitten, sondern noch mehr durch mächtige Erdsenkungen. Am Sonntag begann der Erdboden vom Grand Hotel Gasteinerhof bis nach St. Nikolaus hin samt den darauf stehenden Hotels und Miethäusern sich zu senken. Gleichzeitig senkten sich die alte Straße und die längs derselben stehenden Gebäude, das Logierhaus Höller, die Wirtschaftsgebäude des Hotels „Goldener Hirsch“ und die Dependance Gessenharter, das sogenannte „Imperial“. Diese Häuser wurden eilig geräumt. Die Erdrutschungen dauerten fort, und Dienstag sind Gessenharter's Dependance und die Villa Höller eingestürzt und in den Wellen spurlos verschwunden. Viele andre Grundstücke sind noch gefährdet; das Elektrizitätswerk wurde stark beschädigt. Der Verkehr mit Gastein ist im Tal weiterhin unterbrochen. Nachrichten werden durch Fußboten befördert. Seit Dienstag herrscht in Gastein Schneefall bei empfindlicher Kälte. Zu Hilfe gesandtes Militär sucht auf Umwegen Gastein zu erreichen. —

So ist's recht!

Während in der jächischen Industriestadt Crimmitschau 8000 ausgepeirte arme Weber um ihr Dasein einen Verzweiflungskampf kämpfen, kommen in derselben Stadt die Honoratioren zusammen, um ein — Denkmal des jächischen Königs einzurweihen

Und das regt sich dann auf über sozialdemokratische Verhehlung! —

Die ganze Schönheit unserer Gesellschaftsordnung

spiegelt sich in folgender Meldung wieder:

Die Strafkammer in Dortmund verurteilte vier Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren wegen Bandendiebstahls (Ladendiebstahle) zu Gefängnisstrafen von 6 bis 2 Monaten. Die Eltern der Kinder hatten sich

um sie auswärtiger Arbeit wegen nicht kümmern können.

Die Heuchler und Mäuler jammern immer über der Zeiten Verderbnis, über die Verwahrlosung der Jugend. Und sie wissen auch gleich ein Mittel dagegen: mehr Religion! Aber an Fällen, wie der hier gemeldete, der eine furchtbare Anklage gen Himmel schreit, gehen sie stumm und verständnislos vorüber. Tausende von Kindern gehen alljährlich so zu Grunde: Vater und Mutter müssen in die Arbeit und die Kinder bleiben sich selbst überlassen. Der Arbeitslohn der Eltern ist gering, reicht nicht aus, die Kinder genügend zu ernähren, geschweige denn ihnen Land und Spiel zu kaufen, nach dem das Kinderherz so begehrt. Das Kind, das triebhaft denkt, dem es nicht eingehen will, daß nur für die Kinder der Reichen der Tisch des Lebens gedeckt ist, gerät in schlechte Gesellschaft, wird zum „Gesetzesübertreter“. Und nun erst tritt der Staat, der sich bis dahin um das junge Menschenleben nicht gekümmert hat, den seine Leiden und seine Entbehnungen kalt gelassen haben, in Aktion: das Kind ist nun ein „Verbrecher“ und als Verbrecher wandert es in den Kerker. Von Jahr zu Jahr wächst die Zahl der verurteilten „Jugendlichen“; und parallel damit ist eine Zunahme der rückfälligen und der Gewohnheitsverbrecher zu verzeichnen. Denn das Gefängnis ist keine Besserungsanstalt, es ist eine Hochschule des Verbrechens. Nach Tausenden zählen die Kinder, die alljährlich als Opfer der mangelnden Fürsorge der Gesellschaft der „Justiz“ in die Hände fallen, die an schuldigen Kindern rächt, was die Gesellschaft geübt hat! —

Kleine Tageschronik. Die Strafkammer des Landgerichts Chemnitz verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Verwalter des Haltepunktes Buchholz bei Annaberg, Reinhardt, der angeklagt war, das Eisenbahnunglück auf dem Haltepunkt Buchholz am 24. Juli, bei dem fünf Personen getötet und eine Anzahl verletzt wurden, verschuldet zu haben, zu neun Monaten Gefängnis, davon wurden sechs Wochen als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet. — Ein schweres Verbrechen ist in der Gemeinde Zulpau, Gouvernement Perm, begangen worden. Acht Personen, darunter vier Kinder, sind ermordet worden. Um das Verbrechen zu verbergen, hatten die Verbrecher das Haus in Brand gesetzt. Eine des Todes verdächtige Person wurde verhaftet. — In Sturm bei Elbing ist der Gemeindevorstand Krieger wegen großer Unterschlagungen verhaftet worden. — Eine sündliche Mordtat ist in dem Hause des Ademanns Stolze in Breitenberg bei Duderstadt verübt worden. Als Genossen die Tür erbrachen, fanden sie den St. mit furchtbaren Wunden am Kopfe. Durch Hieb mit einer Axt ist dem St. der Schädel zertrümmert und der linke Oberkiefer bis in den Nacken hinein gespalten. Der Verbocht, die Tat begangen zu haben, richtete sich gegen den 24-jährigen Sohn des Stolze, Hermann, welcher in Hamme bei Bochum in Arbeit ist und verhaftet wurde. — Der Postdampfer „Rembrandt“ der „Red Star-Linie“ in Antwerpen ist laut Telegramm am 15. September wohlbehalten in Philadelphia angekommen. —

Der Wahlkrach in Laurahütte.

Der achte — und wahrscheinlich letzte — Verhandlungstag beginnt um 9¼ Uhr. Mit dem ersten Zeugen weiß man nichts anzufangen. Er wird unverbört entlassen. Der folgende Zeuge Stefanek gibt über den Angeklagten Czapla Angaben an, die mit der Aussage des Amtsferrgeanten Richter sich widersprechen. Richter wird vorgelesen; er hält seine Aussagen aufrecht. Der Angeklagte Czapla trägt eine dritte Variante vor. Stefanek wird natürlich vereidigt, dann entlassen. — Der dritte Zeuge will fast nichts wissen. Er gibt auf Befragen des Vorsitzenden die Zahl der Teilnehmer an der Wahlversammlung auf 15 000 an.

Zuhörerraum sein phantastischeres Zeugnis. — Dann verzichtet, mitten in den Verhör, auf angeklagter auf fünf Zeugen, die dasselbe aussagen wollten, wie der Zeuge Stefanek. — Die Mutter des jugendlichen Wosniks wird vernommen. Der Gerichtshof beschließt auch jetzt, gegen den Antrag der Verteidiger, die Zeugin nicht zu vereidigen. — Die Ehefrau des Wosniks sagt, unter Ausschluß der Verteidigung, allerlei unklare Zeug, das teilweise im Widerspruch mit den bisher bekannten Tatsachen steht. Nach einer ganzen Reihe unwesentlicher Zeugenverhöre sollen mehrere Zeugen, unter ihnen der frühere Lehrer und ein Vorgesetzter des Angeklagten Wrorowski sich über dessen geistige Fähigkeiten äußern. Beide zeigen nicht allzuviel Vertrauen in Wrorowski's Intelligenz. — Vorj.: Zeuge Kemsch, wieso glauben Sie, daß Mr. geistig nicht dem gewöhnlichen Mittelmaß nachkommt? — Zeuge: Nun — ich mußte ihm bei der Arbeit oft etwas wiederholen. Und dann hat er einen so eigentümlichen Gesichtsausdruck. Der Angeklagte lacht. — Vorj.: Sehen Sie doch mal, wie er aber so verächtlich lächelt.

Mit diesem Zeugen scheint das Zeugenverhör geschlossen.

Der Gerichtshof hat beschlossen, daß noch 13 Zeugen nachträglich vereidigt werden sollen. Einzelne der Zeugen machen noch Einschränkungen zu ihren früheren Aussagen und halten den Gang der Verhandlungen auf. Nachdem einer der Zeugen von der Truppe der zu Vereidigenden zurückgeschickt worden, findet die Vereidigung statt. 23 Zeugen bleiben unvereidigt und werden entlassen. — Die Verhandlungen werden dann auf morgen vertagt, damit man noch drei Zeugen zugunsten Czaplas verhören kann.

Am letzten Verhandlungstag begründet der Staatsanwalt Fipper in dreistündiger Rede die Schuldfrage. Seine Anträge lauten: Vier Angeklagte freizusprechen, fünf Angeklagte zu je 3 Jahren Gefängnis, 17 Angeklagte zu je 2 Jahren, sieben Angeklagte zu je 1 Jahr, sechs Angeklagte zu je 6 Monaten, vier Angeklagte zu je 2 Monaten, elf Angeklagte zu je 6 Wochen, fünf Angeklagte zu je 1 Monat Gefängnis. Die beiden Korstanths hat der Staatsanwalt mit je 2 Jahren bedacht!!! Rechtsanwält Herrnstadt forderte die Freisprechung sämtlicher jugendlichen Angeklagten wegen mangelnden Strafbewußtseins. Rechtsanwält Seyda schloß seine Rede mit den Worten: „Der Staatsanwalt wies als straffähigend auf die Verletzungen der Beamten hin; nur auf Seiten der Beamten waren Verletzungen, welche schnell geheilt sind, auf Seiten der Arbeiter zwei Tote.“ Herrnstadt verwies nachdrücklich auf den unvernünftigen Feuerlärm, der einen großen Teil der Schuld trage. Während der eindrucksvollen Rede des Rechtsanwalts Neumann wurde ein großer Teil der jugendlichen Angeklagten. Das Urteil wird Sonnabend nachmittags 3 Uhr verkündet. Die vom Staatsanwalt beantragten Strafen betragen zusammen etwa 64 Jahre Gefängnis.

Nicht nach Gutdünken

oder nach Bemittelung und Aussehen des Käufers stelle ich meine Verkaufspreise, sondern zeichne die Waren nach Eingang mit dem billigsten, deutlich verzeichneten, streng festen Verkaufspreis aus. Meine Verkaufspreise sind nicht nur mit dem bestimmten Aufschlag berechnet, sondern vor allem nach dem wirklich realen Wert der Ware. Seit Bestehen meines Geschäfts halte ich fest an diesem Prinzip und verdanke nur diesem den Aufschwung, den mein Geschäft genommen.

Ich empfehle

Anfertigung nach Maß

Grosses Stofflager — Guten Sitz — Beste Zutaten

Winter - Paletots 48 39 34 18 12 MR.
- Joppen m. g. 15 12 10 7.50 5 MR.

Hocheleg. Jackett-Anzüge

bei Ankauf der Geizen in solcher feiner Ausführung . 45, 40, 35, 30, 25 bis 10 MR.

Hochfeine Rock- und Gehrock-Anzüge

aus feinh. im Tragen sich vorzügl. bewähr. Stoffen, 48, 44, 40, 36, 32, 28 bis 24 MR.

Jünglings- und Burschen-Anzüge

schöner Stoffe, Jackett und Schaffron 24, 21, 18, 15, 12, 9 bis 7.50

Aparte Knaben-Anzüge

in Modeman., sehr guten Stoffen und unübertroffener Auswahl
15, 12, 10, 8, 7.50, 6, 5 bis 2.75

Einzelne Stoff-Jacketts • Hosen • Westen

in gangbarer guter Qualität und äusserst billigen Preisen.

Sämtliche Arbeits-Garderoben

Jackett, Jackett, Hemden, Westen, leichte Sommerkleidung in riesiger Auswahl.

Filzhüte — Regenschirme — Hemden — Unterzeuge — Sweaters
Sporthemden — Sportmützen — Hosenträger usw.
riesigste Auswahl, äusserst billige Preise.

Ehrenfried Finke

125 Magdeburg 126
Breiteweg

An den beiden Mess-Sonntagen auch nachmittags geöffnet

Auf Abzahlung!

officiere

Möbel

Spiegel u. Polsterwaren
Kinderwagen

Herren- u. Kinder-Garderobe
fertig und nach Maß.

573
Schwarze u. farbige Kleiderstoffe
sowie

sämtl. Manufakturwaren.

Auf Abzahlung!

Theod. Matthies

Heiligegeiststr. 36, I.

Kaufen Sie Ihre Woll-
bei

J. Brilles

Neustadt, Südböckerstr. 20

1/2 Pfund meliert und schwarz 50
1/2 85
1/2 95
1/2 125
1/2 145



Ich stricke seit
12 Jahren
diese Wolle und
bin stets
zufrieden
gewesen.

37 Sudenburg 37
Halberstädterstr.

Herbst- 482

Neuheiten!

Herren-Filzhüte

Klapphüte, Zylinder

Kinder-Mützen

Herren-Mützen

• Schüler-Mützen •
• Krawatten •

von echt blauem besten Tuch.

Wäsche, Krawatten

Handschuhe, Schirme

in größter Auswahl u. besten Fa-
brikaten zu sehr billigen Preisen

Theodor Kraft

37 Sudenburg 37
Halberstädterstr.

Gardinen-

stangen

Bretter

Rosetten

Zuggardinen-

Einrichtungen

spottbillig

R. Steiner

Südböckerstr. 30a

Altes

Kupfer, Messing, Zinn, Blei,
Eisen und Stahnen kauft
Rotekrebsstr. 12, p.

Besonders billiges

Angebot!

Goldene und silberne

Herren- u. Damen-Uhren,

Herren- u. Damen-Ketten

in allen Sorten

riesige Auswahl.

Wanduhren,
Regulateure.

Auf jede Uhr 1 Jahr
Garantie.

Adolph 558

Michaelis

Apfelstr. 16, 1 Gr.

In grosser Auswahl

und zu

riesig billigen Preisen

verkaufte:

Sommer-Heberzieher

Anzüge, Hosen

Adolph Michaelis

Apfelstr. 16, 1 Gr.

...ngen des Kartells sämtlich gut besucht sein möchten. (Schluß um 10 1/2 Uhr.)

Schade, daß die Pfandbriefe so brach liegen, sagte der Kaufmann Paul Hildebrand in Magdeburg zu der jetzt berechneten W., von der er wußte, daß sie drei Pfandbriefe besaß. Er überredete sie, ihm diese zu übergeben, damit sie auf seinen Namen bei der Bank hinterlegt werden könnten. Dann spekulierte er auf diesen Kredit hin und verlor das Geld. Die Frau bekam schließlich nur 15 Mark, und nach Erstattung der Anzeige drei Wechsel. Das Landgericht hat Hildebrand am 9. Mai verurteilt und das Reichsgericht hat seine Revision verworfen.

Treppen „nur für Herrschaften“. Die in der bürgerlichen Welt interessierende Frage, ob ein Gerichtsbote, der einem Assessor täglich Gerichtsakten in seine Wohnung zu besorgen hat, dazu die „nur für Herrschaften“ bestimmte Bordertreppe nicht benutzen darf, sondern die Hintertreppe des betreffenden Hauses benutzen muß, wird infolge eines auf diesem Gebiete entstandenen Konflikts im „Grundteig“ von rechtsverständlicher Seite wie folgt erörtert: Der Gerichtsbote ist öffentlicher Beamter und betritt als solcher das Haus, wenn er dem Sohne eines dort wohnenden Mieters Akten bringt. In der Ausübung dieser Amtsbefugnisse darf der Bote nicht gehindert werden. Es besteht auch keine Möglichkeit, ihm für die Art seiner Amtsausübung bestimmte Vorschriften zu machen, insbesondere, ihn für den Aktentransport auf die Hintertreppe zu verweisen. Der Hauswirt hat zweifellos das Recht, für Domestiken, Geschäftsboten und Gewerbetreibende geringerer Art einen besonderen Zugang zu den Wohnungen in Gestalt einer Hintertreppe zu schaffen, dagegen steht ihm dieses Recht gegenüber Personen außerhalb dieses Kreises nicht zu. Die ganz analoge Frage, ob der Briefträger die Hintertreppe zu benutzen hat, ist gerichtsseitig in dem Sinne entschieden worden, daß ihm die Bordertreppe zusteht. Auch im Verhältnis zu dem Mieter steht dem Hauswirt kein Anspruch darauf zu, daß dieser für

die ausschließliche Benutzung der Hintertreppe durch den Gerichtsboten sorgt. An sich kann der Mieter verlangen, daß ihm sämtliche Zugänge zu seiner Wohnung zur Benutzung für die eigne Person und die seiner Hausgenossen und Besucher freistehen. Soll ein bestimmter Kreis der letzteren von dem einen Zugang ausgeschlossen und auf den andern beschränkt werden, so muß diese Einschränkung der Mieterrechte ausdrücklich entweder generell durch den Vertrag (Hausordnung) oder für den besonderen Fall vereinbart werden. Diegt dies nicht vor, so ist die einseitige Bestimmung der Bordertreppe als „nur für Herrschaften passierbar“ für den Mieter unverbindlich.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Budapest, 18. September. Der Sozialistenführer Mag. Großmann wurde wegen Majestätsbeleidigung und „Aufreizung zum Klassenhaß“ zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Mitangeklagte Beltner wurde freigesprochen.

Frankfurt a. M., 18. September. Aus Budapest meldet die „Frankfurter Zeitung“: Im Klub der liberalen Partei wurde von Vertretern der verschiedenen Fraktionen erklärt, daß der Ton des kaiserlichen Manifestes an die Armee unannehmbar sei, weil er durchaus absolutistisch sei. Ungarn sei aber ein konstitutioneller Staat, in dem auch die Rechte der Majestät nur auf den Gesetzen beruhen, und es sei unerträglich, daß gegenüber den Forderungen der Nation einfach mit Säbelgerassel geantwortet werde. Unter dem Eindruck des Armeebefehls vereinigten sich auch sofort die bisher feindlichen Fraktionen und sowohl Ultraliberale wie Anhänger Apponhys unterschrieben ein Schriftstück, daß die schleunige Rückkehr der Abgeordneten nach der Hauptstadt fordert, sowie die Einberufung einer Konferenz für Montag, die gegenüber dem Manifest Stellung nehmen und eventuell eine Adresse an die Krone beschließen soll.

Belgrad, 18. September. Infolge des heutigen Prozesses gegen die Mörder Offiziere wird die gesamte Belgrader Garnison in Bereitschaft gehalten.

Wien (Öhmen), 18. September. Gestern nachmittag 4 Uhr 15 Minuten wurden hier mehrere leichte Erdstöße verspürt.

Sofia, 18. September. Nach hier eingetroffenen Meldungen hat türkisches Militär die gesamte Einwohnerschaft von Kasloria massakriert. Das bulgarische „Mote Kraug“ hat 100 000 Franc für die verwundeten Makedonier gespendet.

Vom Parteitag.

Dresden, 18. September. 12 Uhr 40 Min. mittags. (Privattelegramm.) Der große Saal des „Arianon“ ist überfüllt. Vollmar als Korreferent polemisiert unter lebhafter Spannung in geschickter Form gegen Wibel. Er vertritt die Meinung, daß die Betätigung an praktischer Arbeit in der Partei stets, auch von Wibel selbst, propagiert worden sei. Vollmar greift Wibel heftig an, erntet dabei teilweise Beifall und wirft Kautsky vor, er lasse in der „Neuen Zeit“ keine andre Meinung als die Kautsky'sche aufkommen. Die Meinungsfreiheit dürfe nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müsse auch ausgeübt werden können. Während der Rede Vollmars ereignen sich äußerst lebhaft Szenen und wiederholt wird der Redner heftig unterbrochen. Vollmar, der um 9 1/2 Uhr das Wort nahm, redet bei Wgung des Telegramms immer noch.

Paris, 18. September. (Fig. Draht.) Zwischen hier und Petersburg fand gestern ein reger Depeschenwechsel in der Balkanfrage statt. Der Ausbruch eines Konflikts zwischen Bulgarien und der Türkei wird sowohl hier als in Petersburg als bevorstehend gehalten.

Antwerpen, 18. September. (Fig. Draht.) Der aus Braila kommende Dampfer „Arkadia“ stieß auf der Schelde mit dem den Hafen verlassenden Rheindampfer „Agnes“ zusammen, die „Agnes“ wurde in der Mitte entzwei geschnitten. Das Vorderdeck sank sofort, während die hintere Hälfte bis ans Ufer geschleppt werden konnte. Die Passagiere wurden gerettet. Der Schaden wird auf 400 000 Franc geschätzt.

Achtung! Friseurgehilfen Achtung!
Montag den 21. September, abends 9 1/2 Uhr, in Thierings Lokal, Tischlerkrugstr. 28.
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, diese Versammlung zahlreich zu besuchen.
Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse
für die im
Fas., Nagel-, Blech-, Zugschmiede- und Klempner-Gewerbe
beschäftigten Personen zu Magdeburg.
Einschreibung 200

Montag den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, in der „Bürgerhalle“, Knochenhaueruferstr. 27-28 (Eingang Bachhoffstr.).
Tages-Ordnung:
Beratung der erforderlichen Statuten-Änderungen.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand. Wilh. Großkopf, Vorsitzender.

General-Versammlung
der
Ortskrankenkasse für die im Maurer- und Baugewerk beschäftigten Personen zu Magdeburg
Mittwoch den 30. September, abends 1/8 Uhr, im Restaurant „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38.
Tages-Ordnung:
1. Beratung der neuen Statuten. 2. Verschiedenes.
Magdeburg, den 18. September 1903.
Der Vorstand.
NB. Der Wichtigkeit der Sache wegen wird um zahlreiches Erscheinen ersucht. 655

Ortskrankenkasse für die im Zimmergewerbe beschäftigten Personen zu Magdeburg.
Montag den 28. September er., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Reichskrone“
Jakobs- und Peterstraßen-Ecke
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Beratung der neuen Statuten. 2. Verschiedenes.
Der Wichtigkeit der Sache wegen wird um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Magdeburg, den 18. September 1903.
Der Vorstand. 684

Olvenstedt.
Außerordentliche General-Versammlung
der Kranken-Unterstützungs-Kasse
der vereinigt. Handwerksgehilfen Olvenstedts
Montag den 21. Septbr., abends 8 Uhr, im Schinckischen Lokale.
Tages-Ordnung:
1. Aenderung der Statuten. 2. Verschiedenes.
Um regen Besuch bittet
Der Vorstand. 264

Zirkus Drexler
Magdeburg.
Freitag den 18. September 1903, abends 8 Uhr
Grosser Gala- und Elite-Abend!
I. Debut I.
Die größte Sensation des 20. Jahrhunderts!
Gastspiel des Schleisensfahrers
Looping the Loop **Herm. Krebs!**
sowie Auftreten aller übrigen Kunstkräfte.
Sonnabend den 19. September 1903, abends 8 Uhr
Erste Gala-Sport-Vorstellung.
Zweites Auftreten des Schleisensfahrers Herm. Krebs.
Hochachtungsvoll
W. Drexler, Direktor und alleiniger Eigentümer. 259

August Bartels' Restaurant
Neustadt, Fabrikstr. 5/6.
Heute Sonnabend: **Erstes Prämien-Billardspiel**
Gänse, Enten, Hasen und dergl. als Preise. 287
Ergebnis ladet ein. **Aug. Bartels.**

Rosche's Restaurant.
Heute sowie jeden Sonnabend: 266
Gr. Prämien-Billardspielen.
Heute: **Großes Preis-Statspiel.**

Bürgerhaus. 678
Sonnabend den 19. September 1903
Groß-Preis-Billardspiel.
Zum Auspielen kommen ein Hammel, Gänse, Hühner und Tauben.
Hierzu ladet ergebenst ein **A. Hesse.**

Wer seine Wäsche schonen will, gebrauchte Dr. Thompson's Seifenpulver.

Meinen werten Neustädter Kunden zur gefl. Nachricht, daß ich mich auch in diesem Jahre wieder mit allen Sorten
Wild und Geflügel 265
bestens empfohlen halte.
Heute ganz frisch eingetroffen: Hasen und Kaninchen.
A. Hanisch, Wildhandlung
Alte Neustadt, Weinbergstraße Nr. 45.

Schuhwaren
für Herren, Damen u. Kinder
aller Art kaufen Sie **spottbillig** in 536
E. Kaufmann's Schuhwaren-Geschäft
Neustadt, Luisenstr. 4.
Plätzchenring gef. Olvenstedterstr. 65 b. bei Brämer, A. R., Speicherstr. 1, p. 248

Groß-Ortterleben.
Zur Ausführung von
Fast-, Kartoffel- u. Möbelfuhren
empfiehlt sich
Hermann Ulrici.
Kellnerviertel Nr. 1.

W. Ebert
Tischlermeister 576
Grünearmstrasse!
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Möbeln
Spiegeln und Polsterwaren
zu bekannt soliden Preisen.

Porzellan, Glas, Emaille
und Holzwaren jeder Art
empfiehlt billigst 490
Bernh. Brehmer
Sudenburg, „Eiskeller“.
Wegen Aufgabe
des Ladens sollen die 268
Schuhwaren
für Herren, Damen und Kinder
sofort zu spottbilligen Preisen
verkauft werden, nur
Süd Johannisberg (9) u. -Fahrrist.
Willy Grude Jr.
dis - a - dis Johannisberg.

Saison-Eröffnung.
Gänse
Gänselein
Gänseleber
Gänsefleisch, zerlegt
Gänse-Pöfelfleisch
Moritz Weinberg
Berlinerstr. la.
Sonnabend 476
Marktstand: Hauptwache
gegenüber Fischhandlung Weije
Kanarienvögelchen werden fortwährend gekauft **A. Pilschke,**
Margaretenstraße 2, I. 260

Ausgekämmtes Haar
allerlei Farben kauft
Emil Bittkau
Herren- und Damen-
Friseur-Geschäft
5 Jakobstr. **Burg** Jakobstr. 5
Birt. Kleiderstrant, Pfeilerschranz,
Vertiko, Divan, Stühle zc. spottbill.
Johannisbergstr. 5, 1 Tr. 269

Schraubendreher
geübte, finden lohnende
M 57 Beschäftigung bei
G. A. Stelzner, Berlin
Gr. Frankfurterstr. 13.

Walhalla
Jeden Abend
Große Spezialitäten-
Vorstellung. 474

Stadt-Theater.
Sonnabend den 19. September 1903.
Don Carlos.

Am Donnerstag, morgens
3 Uhr, entlich nach langem
schweren Krankenlager meine
innigstgeliebte Frau, unsere gute
Mutter, Schwester, Schwägerin
und Tante
Ida Flott geb. Gotzel
im 31. Lebensjahre.
Dies allen Verwandten und
Bekanntem zur Trauernachricht.
Um stille Teilnahme bitten die
trauernden Hinterbliebenen
Franz Flott nebst Kinder.
J. Senff und Frau.
Die Beerdigung findet am
Sonntag vormittag 11 Uhr
vom Neustädter Krankenhaus
aus statt. 17

Feinsten 677
neuen Sauerkohl
das Pfund 6 Pf.
Butter-Handlung
„Edelweiss“
Sudenburg 677
Halberstädterstr. 40.
Bringe den geachteten Genossen von
Sudenburg und Umgegend mein
Respekt- und
Friseurgeschäft
in Erinnerung. Hochachtungsvoll
Paul Telckner.

Wilde Kaninchen
frisch geschossen, empfiehlt heute
das Stück schon von 40 Pfg. an
R. Bosse
Große Marktstraße 20.
Gr. Stube 25 Nr. sofort z. verm.

2. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 219.

Magdeburg, Sonnabend den 19. September 1903.

14. Jahrgang.

Aus der Parteibewegung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Aldershof, gesunde Parteibonds v. P. 2. 0,85. Nachen, Dittis 3.—, Alt-Warthau i. Schl., Sozialdemokratischer Verein 20.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 500.—, 3. Kreis 1000.—, 4. Kreis (Westen) 3000.—, 4. Kreis (Südost) 4000.—, 6. Kreis 5000.—, Berlin, diverse Beiträge: 966,70. Bern 50.—, Brandenburg a. S., Reichstagswahl Kreis Brandenburg-Westhaveland 500.—, Bremen, Maschinenpersonal der Bremer „Bürgerzeitung“ 14,80. Bocholt i. W., von 2 roten Kindtaufen in Binnenhorst b. B. durch den Vertr. J. P. 7.—, Bant, Wahlverein, 2. Quartal 03 262,50. Breslau, Sozialdemokratischer Verein 50.—, Baden-Waden, J. P. —, 30. Chemnitz, 16. jährlicher Reichstags-Wahlkreis 2000.—, Köln-Stadt, Sozialdemokratischer Verein 2. Quartal 03 56.—, Köpenick, Bierprozent von den Mautern, Bau Kurzestraße, zur Stärkung des Wahlfonds durch H. Damm 4,10. Dresden N., Sozialdemokratischer Verein 1200.—, Eibing, Rückzahlung nicht gebrauchter Wahlgelder 300.—, Fallenberg (Döberlesien) 2.—, Fürth i. B., von den Genossen d. 19. städt. Distrikts 14,50 (darunter als Ueberisch. eines Langvergn. 10.—), Feudenheim, B. d. B. 19,80. Fürth i. B. durch Sch. 37,75 (darunter von „Maulbeerbanke“ 34.—, von roten Buchdruckern 2.—, von Staniof-Sammelern 1,75). Friedenau bei Berlin, von den Arbeitern der Firma Klemme 5.—, Gotha, durch den Vertrauensmann 30.—, Großherzogtum Hessen 302.—, Götlich, Rückzahlung nicht gebrauchter Wahlgelder 101,43. Gießen E. R., 3 Monate 30.—, Gumburg, 3. Kreis 8000.—, Hartha i. S., 10. jähr. Reichstags-Wahlkreis, Ueberisch. von der Reichstagswahl 500.—, Hamburg, im Monat August in der Redaktion des „Echo“ eingegangen 254,52. Kiel, vom 7. Schlesw.-holst. Wahlkreis 1000.—, Lützenwalde, Rufus 2 Raten 10.—, Lützenwalde, Rückzahlung von Wahlgeldern 120.—, Sinha Brasil Rio Grande do Sul, durch Gustav Rührich 15.—, Meissen-Großenhain, 7. jähr. Reichstags-Wahlkreis 200.—, Markredwitz, für den Wahlfonds gesammelt 1,70. Mhlau i. B., gesammelt auf einer Hochzeit 1,50. Magdeburg, von den Parteigenossen durch P. 3000.—, Mülhausen i. E., Einzelmitgl. der sozialdemokratischen Partei Deutschl. 10.—, Nürnberg, S. u. W. 4.—, New-York, durch die „New-Yorker Volksztg.“ letzte Rate 89,80. Oberstein a. R., Volksverein, 2. Quartal 4,66. Peilau, Kr. Reichenbach i. Schl., sozialdemokratischer Wahlverein 5.—, Renscheid, v. d. Hug-Bug-Gesellschaft durch D. Dr. 2,50. Richzenhain, Arbeiter-Bildungsverein, 2 Raten 6.—, Randow-Greifenhagen, sozialdemokratischer Wahlverein, 2. Quartal 1903 100.—, Schriesheim, v. d. Parteigenossen für Unterstüßungszwecke gesammelt 9,80. Straßburg i. E., Alsatier 5.—, Spandau, Püzer-Kolonie Kerber durch Bemme 5.—, Seidau, J. P. 179.—, Stuttgart, G. U. 10.—, Sagan, von zwei Wettenden (S. u. L.) 1,50. Solingen, vom Kreis-Komitee 30.— (darunter vom Volksverein Solingen 15.—, desgleichen vom Volksverein Gräfrath 4.—), Triberg, Arbeiter-Wahlverein 10.—, Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Kreis-Wahlverein 100.— (darunter Fassadenputzer Bau Schnoel, Kurfürstendam 7.—, Püzerkolonne Thielde 4,90, Geburtstagspende Bau Wielele, Wilmersdorf 7,30), Wübiter, von P. R. der Polizei zum Trug, der Partei zum Zusch. 5,50. Waldheim i. S., vom Wahlverein 50.—, Württemberg 300.—, Insgesamt 33 546,61.—

Berlin, den 10. September 1903.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 17. September 1903.

Wegen Diebstahls und Hehlerei sind angeklagt: Die Verkäuferin Frida Krenzlin, geb. 1886, die verheiratete Arbeiterin Berta Krenzlin geb. Böhlecke, geb. 1858, der Schneider Bertold Böllner, geboren 1877, dessen Ehefrau Anna Böllner geb. Krenzlin, geboren 1881, von hier. Frida Krenzlin war seit März d. J. als Lehrling in dem Geschäft der Geschwister Schenk tätig und stahl aus dem Lager fortgesetzt Schürzen, Röcke, Strümpfe, Spitzen u. im Werte von etwa 200 Mark, die sie zum Teil ihrer Mutter zutrug, sowie Schneiderartikel, welche die Diebin

ihrer Schwester zusteckte und einen Wert von 86 Mark hatten. Die Kammer verurteilte Frida Krenzlin zu 6 Monaten, ihre Mutter zu 1 Jahr, die Schwester zu 3 Wochen Gefängnis. Der Chemann Böllner wurde freigesprochen. Frau Krenzlin wurde sofort verhaftet.

Körperverletzung. Der Arbeiter Christian Borrmann zu Schönebeck, geboren 1876, bereits oft vorbestraft, stieß am 1. Juni d. J. abends auf einem Tanzvergnügen zu Grünewalde absichtlich einen andern Arbeiter auf eine Frau Spier, so daß diese hinfiel und im Gesicht eine Verletzung davontrug. Die Kammer erkannte wegen Körperverletzung auf 6 Monate Gefängnis.

Diebstahl. Der Schreiber Rudolf Gerlach aus Berlin, geboren 1883, vorbestraft, stieg am 18. Juli d. J. zu Dolle gelegentlich des Bettelns durch ein Fenster in die Wohnung eines Arbeiters und stahl aus der Kommode ein Sparkassenbuch über 600 Mark, das er bei der Verfolgung wegwurf. Den Eigentümer bedrohte er mit Todschlag. Der Angeklagte wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Jugendliche Diebe. Die Bäckerlehrlinge Friedrich Goerick, Bernhard Siee und Kurt Goerick zu Staßfurt öffneten im Frühjahr d. J. wiederholt eine Tür zur Wohnung des Bäckermeisters Rühl mit einem Nagel und stahlen aus einer Kommode, die sie mit einem falschen Schlüssel öffneten, insgesamt 62 Mark. Das Geld wurde geteilt und vermaßt. Ferner nahmen sie vier Flaschen Bier und 1 Pfund Butter mit. Friedrich Goerick stahl auch dem Arbeiter Lindenburg einen Kanarienvogel. Das Urteil lautete auf Grund der Verhandlung gegen Friedrich Goerick wegen schweren Diebstahls, einfachen Diebstahls und Mundraubs auf 4 Monate Gefängnis und 1 Woche Haft, gegen Siee wegen schweren Diebstahls und Mundraubs auf 4 Monate Gefängnis und 2 Wochen Haft, gegen Kurt Goerick wegen schweren Diebstahls, Hehlerei und Mundraubs auf 3 Monate Gefängnis und 3 Tage Haft.

Freigesprochen von der Anklage der Pfandentziehung wurde die Witwe Kolditz, Emma geb. Knabe, hier.

Versuchte Mötigung. Die ledige Auguste Dübel hier, geboren 1881, war mit ihren Alimentenansprüchen an den Schlosser Willi Gierholdt abgewiesen worden, schrieb aber trotzdem am 3. Juli an seinen Vater einen Drohbrieff, um Geld für ihr Kind zu erhalten. Die

Auguste Körperverletzung. Der Arbeiter August Gerlach zu Weyendorf, geboren 1842, stach in der Nacht zum 6. Juli d. J. den Gemeindediener Zeuchner, als er ihn zur Ruhe aufforderte, mit einem spitzen Gegenstande durch den Unterarm. Der Angeklagte erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung 2 Jahre Gefängnis. Die Kammer nahm an, daß er ein Messer gebraucht hatte.

Vermischte Nachrichten.

Enttäuschte Couponhändler. In einem staats-erhaltenden Börsenblatte finden wir folgende Notiz:

Bereinigte Gummiwarenfabriken Sarburg-Wien. Die Aktien wurden am Freitag an der Berliner Börse infolge des relativ unbefriedigenden Jahresabschlusses, der nur 20 Prozent Dividende zur Verteilung zuläßt, um 11 Prozent niedriger.

Nur 20 Prozent Dividende! Wir begreifen den Schmerz. Und die Leute schimpfen auf die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter, die sich nicht — wie zurzeit die Weber in Grimnitzhau — für 13 Mark wöchentlich 12 Stunden täglich schinden lassen wollen.

* Die „Buchdrucker-Woche“, ein kapitalistisches Fachblatt, bringt folgendes Inserat:

Günstige Ausichten! Für tüchtigen Buchdrucker oder Redakteur mit etwas Kapital zur Gründung einer sozialdemokratischen Zeitung! Bedürfnis! in großer Industriestadt bei Uebernahme einer kleinen Buchdruckerei (erforderlich 4-5000 Mark). Offerten von erstten, solbenten Reflektanten unter „R. B. 847“ an die Exp. d. V. erbeten.

Wenn sich der Kapitalismus erst auf die Gründung sozialdemokratischer Zeitungen legt, dann kann es der Sozialdemokratie nicht mehr fehlen.

* **Wohnungsverhältnisse und Gesundheit.**

Unter diesem Schlagwort schreibt Dr. Paul Schenk-Berlin in der „Medizinischen Reform“: Zu dem Kapitel Wohnungsverhältnisse und Gesundheit liefert Amsterd a m eine ganz eigenartige Illustration. Eine Wohnungsaufnahme im Jahre 1899 ergab, daß von 116 900 gezählten Wohnungen 22 359 mit einer Bewohnerzahl von 67 000 nur ein Zimmer ohne Küche hatten. Unter ihnen befanden sich 4900 Wohnungen, die von fünf und mehr Personen bewohnt waren. In der neuen Stadt wurden bei 44 000 Wohnungen nicht weniger als 34 000 Zimmer ohne Luft und Licht gezählt. Die im Mai 1903 unternommene zehnte Informationsreise der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen führte auch nach Amsterdam und hat ergeben, daß sich die Wohnungsverhältnisse seit der Zählung von 1899 nicht gebessert haben.

Das Wohnungselend ist in Amsterdam so groß wie wohl in keiner andern Großstadt. Unter 5367 untersuchten Wohnungen waren 3488 sehr feucht, 71 Prozent hatten eine Zimmerhöhe unter 2,50 Meter. Als Schlafräume dienen nicht nur bei Arbeitern, sondern auch bei kleinen Beamten und Gewerbetreibenden ganz gewöhnlich Luft- und lichtleere Räume, die sogenannten Alkoven, in die Wand eingelassene schrankartige Vertiefungen in der Mauer. In einem einzigen Stadtviertel befanden sich nicht weniger als 2500 Wohnungen ohne Aborte. Der Abort wird in ihnen vielfach durch einen im Zimmer stehenden Eimer ersetzt, dessen Inhalt abends in den herumfahrenden Sammelwagen entleert, oft auch kurzerhand auf die Straße gegossen wird.

Dazu kommt, daß die Entwässerung der

Altstadt von Amster-

am schlimmsten sind, die Häuser entwässern in die sogenannten Grachten, d. h. in Wasserläufe, welche die ganze Stadt in parallelen Halbkreisen durchziehen. In der Nacht wird zur Flutzeit die Schleuse des Nordseekanals geöffnet. Das zur Flutzeit 2 Meter höher stehende Wasser der Nordsee spült durch die Grachten durch und treibt das Wasser mit den Fäkalien in den Zuidersee. Daß diese Grachten namentlich im Sommer einen nicht gerade angenehmen Duft ausströmen, läßt sich denken. In Summa also: vor den Amsterdamer Wohnungsverhältnissen verhält die Hygiene schauernd ihr Haupt. Und dabei ist die Sterblichkeit in Amsterdam durchschnittlich 1 pro Tausend geringer als in Berlin: Amsterdam rund 16, Berlin 17 pro Tausend.

In Judenviertel Amsterdams, dem in bezug auf die Wohnungsverhältnisse schlimmsten Teile der Stadt, beträgt

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß.
(48. Fortsetzung.)

„Anna Bloß, die Posthalterstochter von Nussée, mußte eben auch den Augenblick zu erfassen“, jagte Lolo. „Als Erzherzog Johann zu Nussée ankam und des Nachts durchaus weiter fahren wollte, warf sich Fräulein Anna in Postkutschuniform und fuhr den Erzherzog. Sie gefiel ihm in dem gelben Postkutschfrack und den weißen Lederhosen so gut, daß er sie zu seiner Frau machte.“

„Na — und!“ rief der Fürst.

„Na — das hätte ich auch gut so machen können!“

„Aber die Fürstin weniger gut dargestellt!“ brummte Erich.

„Wer weiß!“ sagte nun Lolo gereizt und ging.

Der Tag fing nicht gut an.

Lolo kam nach und nach in die übelste Laune; die barsche Abweisung durch den Fürsten hatte sie gereizt. Sie mußte wohl, daß sie nichts anderes als seine Maitresse sein konnte, namentlich da sie zugleich die Freundin ihrer Freunde war; allein sie mochte nicht gerne daran erinnert sein. Und der Fürst hatte in so wergerfendendem Tone gesprochen, er, der sie früher sein Zügel nannte. Lolo war nicht empfindlich und konnte die derbsten Späße vertragen, allein das Benehmen des Fürsten schien ihr anzudeuten, daß die Sonne seiner Gunst den Zenith überschritten habe.

Von ihrer großen Dogge gelockt, rannte sie in dem großen menschenleeren Park einher, um sich zu zerstreuen. Allein es gelang ihr nicht. Ja, wenn sie nur jemand hätte, an dem sie ihren Born auslassen könnte!

Mitten im Park stand ein zierliches Häuschen, zweistöckig, wohnlich und behaglich eingerichtet. Hier pflegte der Fürst an heißen Tagen Siesta zu halten, denn es war schon

jähartig unter den alten Linden, die ihre Nester über das Häuschen ausbreiteten; daneben blinkte ein Teich, auf dem Schwäne schwammen. Hier hatte Lolo manche trauliche Stunde mit dem Fürsten verbracht; sie wollte ihn erwarten, ihn durch Liebenswürdigkeit und Geist wieder ganz für sich einnehmen.

Da drang ein Rächern an ihr Ohr, als wenn ein Kobold ihrer spotten und ihre Hoffnungen zerstören wollte.

Ueberrascht sah sie sich um, aber sie bemerkte niemand. Sie trat um die Ecke und sah nun, woher das Rächern gekommen war; da saßen auf einer Bank zwei sehr nette, dralle Bauernmädchen, rot von Wangen, fröhlich von Gestalt. Die kurzen Gewänder standen ihnen allerkiebt.

Sie schauten die gazellenaugige Spanierin verwundert, aber ohne Verlegenheit an.

„Was wollt Ihr hier?“ fragte Lolo in heftigem Ton.

Keine Antwort. Die eine der ländlichen Schönen verzog sogar, wie Lolo schien, der Mund zu einem spöttischen Grinsen. Das heiße Blut der Spanierin kochte auf.

„Was Ihr hier wollt“, jährie sie. „Antwort oder —!“ Die eine Schöne tat nun den Mund auf und sprach: „Wir warten!“

„So, Ihr wartet“, antwortete Lolo. „Auf wen wartet Ihr denn?“

„Das jagen wir nicht!“ jagte nun das andre Bauernmädchen etwas errötend.

„Das jagt Ihr nicht?“ jährie Lolo, immer heftiger werdend. „Dann macht, daß Ihr hinaus kommt!“

„Das tun wir nicht“, entgegneten nun beide Land-schönen dreist.

„Das tut Ihr nicht? Das wollen wir einmal sehen!“ freisagte Lolo.

„Wir sind von Seiner Durchlaucht hierher befohlen.“ jagten die Mädchen mit einer gewissenhaften Zuversicht, als erwarteten sie, daß die unangenehm werdende Unbekannte sich nunmehr respektvoll zurückziehen werde.

Aber die Wirkung war, wenn auch außerordentlich, doch eine ganz andre, als die Landschönen erwarteten.

Lolo sah sie einen Augenblick starr an, dann stieß sie einen wilden Schrei aus. Witzartig hob ihr eine Erleuchtung durch den Kopf. Aha, da war der Grund von der abnehmenden Gunst Seiner Durchlaucht! Abwechslung! Vier-jährige Bauernmädchen einer Lolo vorziehen! Ob es sich wirklich so verhielt und ob die Mädchen nicht aus einem andern Grunde bestellt waren, danach fragte die Leidenschaft Lolos nicht. Sie dachte auch gar nicht an ihren eignen Lebenswandel, sie war in diesem Moment nur das rabiate Weib, das alles, was sich ihr ungelegen in den Weg drängt, sofort tödlich haßt.

Sie piffte dem Hunde. Er kam herangeprungen und sie hegte ihn mitteleidlos auf die Landmädchen, welche die Luste mit ihrem Geschrei erfüllten. Die Dogge riß ihnen die Kleider ab, wie sie es zuvor mit den adligen Fräulein getan hatte. Lolo trieb die halb nackten, zu Tode erschreckten armen Dinger zum Partior hinaus und verschwand dann in ihrer Wohnung, wo sie sich einschloß.

Gegen Mittag verbreitete sich eine dumpfe Gärung in der Stadt; in den Gasthäusern gab es Tumult und Lärm. Die Spanierin erdreiste sich, große Fanghunde auf die Landschönen zu hegen und ehrbaren Töchtern des Landes die Kleider zur Schmach vom Leibe reißen zu lassen.

Als dies den adligen Fräulein passierte, da hatte man überall gelacht und gepötte; nun war es etwas anders; jetzt jährien sie von einer Beleidigung des Volkes.

Die Gärung nahm zu und ein Ausbruch stand bevor. Militär war in nennenswerter Anzahl nicht in der Stadt; die Bürgerwehr aber schlug sich zum größten Teil nun wieder um Volke, dem sie so oft ihre Bajonette entgegen gehalten hatte; die guten Bürger wollten ihre Frauen und Töchter auch nicht der Möglichkeit ausgelegt wissen, daß ihnen Lolos Dogge die Kleider zerriß und sie dem Spott der Straßenjugend preisgab.

(Fortsetzung folgt.)

